

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Neue Zeitung für das Großherzogthum Oldenburg. 1887-1890 1890

15.2.1890 (No. 19)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-981588](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-981588)

Neue Zeitung

für das Großherzogthum Oldenburg.

N^o. 19.

Sonnabend, den 15. Februar.

1890.

Gegen die Sozialisten!

Was erstrebt die Sozialdemokratie in der Hauptsache? Die sozialistischen Flugblätter verschweigen es. An die Stelle der bestehenden Gesellschaftsordnung soll eine andere gesetzt werden, in welcher der Staat allein Eigentümer alles Kapitals wird, allein Grundstücke, Häuser, Maschinen, Vorräthe zc. besitzen darf. Die Heilung von Uebelständen in der bestehenden Gesellschaftsordnung, die Schwierigkeit der Konkurrenz zwischen kleineren und größeren Betrieben soll im sozialistischen Staat dadurch erfolgen, daß überhaupt jeder selbstständige Betrieb aufhört und jedermann ohne Unterschied Angestellter des Staates wird. Da die sozialistische Staatsregierung alsdann alleinige Brodherrin ist, so geräth dadurch Jedermann in klavische Abhängigkeit von derselben, weil es unmöglich ist, irgend einen anderen Privatdienst zu finden.

Die Sozialisten versprechen den Arbeitern „den vollen Ertrag der Arbeit“. Aber da es im sozialistischen Gebiet keine Kapitalisten geben soll, niemand mehr besitzen darf, als er zum unmittelbaren persönlichen Gebrauch angewiesen erhält, wie Mundportionen, Kleider und vielleicht etliche Möbel, soweit nicht Kasernierung stattfindet, da ferner ein Erbrecht ausgeschlossen ist, Hypothekensforderungen, Aktien, Sparkassenbücher u. dgl. in Fortfall kommen, überhaupt niemand in der Lage ist, Geld gegen Zins verleihen zu können, so muß alles Kapital, was erforderlich ist zum Ersatz des Aufgebrauchten, zur Versorgung der zunehmenden Bevölkerung mit neuen Häusern, Eisenbahnen, Verkehrsmitteln, Magazinen zc. voraus aus dem Ertrag der gemeinsamen Arbeit genommen werden. Ebenso würde künftig der Staat aus dem Ertrage der Arbeit jeden Verlust in der Produktion zu befreien haben, da er allein auch den Gewinn beansprucht.

Während in der heutigen Gesellschaftsordnung das Eigeninteresse den Einzelnen vorwärts treibt und die Konkurrenz vieler die Eigeninteressen zwingt, der Gesamtheit zu nützen, erlischt mit der Beseitigung jeder Privatkonkurrenz im Sozialistenstaat jeder persönliche Antriebe zur Vervollkommenheit in Produktion und Konsumtion. Damit sinkt auch der zu vertheilende Arbeitsertrag immer mehr und selbst die einfachsten Lohnarbeiter würden im sozialistischen Staate für den Verlust jeder persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit nicht einmal durch einen höheren Verdienst entschädigt, sondern vielmehr zu der dürrigsten und ärmlichsten Lebenshaltung verurtheilt werden.

Die Sozialisten hegen gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, aber ihre Weltordnung, wenn sie überhaupt ausführbar wäre, würde keinen Fortschritt, sondern die Vernichtung jeder Kultur für Alle bedeuten.

Die Sozialisten verleumden die freis. Partei als eine Vertretung von Sonderinteressen des Kapitals. Die Freisinnigen sind aber in Wahrheit Vertreter des ganzen Volkes und seiner gemeinsamen Interessen. Sie kämpfen für die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Jede Bildung einer besonderen politischen Arbeiterpartei hingegen schadet nicht bloß den liberalen Interessen der Gesamtheit, sondern zumeist den Arbeitern selbst. Aus der Spaltung, welche die Sozialisten in das Bürgerthum getragen haben, ist es zuzuschreiben, daß die Reaktion und das Junkerthum immer frecher und anmaßender hervortreten, und die Rechte und Freiheit des Volkes jetzt ärger bedroht erscheinen, als je zuvor.

Die freis. Partei verspricht zwar den Arbeitern keine goldenen Berge durch Staatshilfe, weil sie weiß, daß der Staat nichts hat wie dasjenige, was er vorher der Gesamtheit der Bürger in Gestalt von Steuern abgenommen. Aber die Freisinnigen richten ihre ganze Kraft zunächst darauf: Die Minderwohlhabenden zu schützen gegen eine ungerechte Vertheilung der Staatslasten. Nicht für Kapitalisten und Reiche, sondern gerade im Interesse der ärmeren Klassen bekämpfen die Freisinnigen auf das entscheidendste die Vermehrung der indirekten Steuern, die Erhöhung der Zölle und jegliche Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel durch Staats Einrichtungen.

Nicht um der Reichen, sondern um der großen Volksklassen willen, deren Söhne der allgemeinen dreijährigen Militärdienstpflicht unterliegen, ist die freisinnige

Partei stets eingetreten für die Verkürzung der Militärdienstzeit, und hat in der Bekämpfung des Septennats im Jahre 1887 selbst Auflösung und Neuwahl des Reichstages nicht gescheut, um dem Reichstage von dem Recht einer Einwirkung auf Verkürzung der Dienstzeit in 3jähr. Perioden nichts zu vergeben.

Um die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern zu ermöglichen, ist die freis. Partei auch stets eingetreten für Koalitionsfreiheit und Freizügigkeit.

Die freis. Partei will Wahrung der Rechte des Volkes, Erhaltung des geheimen, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehen der Person und der Partei.

Bei voller Wahrung der Gleichberechtigung, der Selbstthätigkeit und des freien Vereinigungswezens der arbeitenden Klassen, tritt die freis. Partei ein für alle auf Hebung derselben zielenden Bestrebungen; sie bekämpft die auf Bevormundung und Fesselung des Erwerbs- und Wirtschaftslebens gerichteten Maßregeln; erstrebt im Steuerwesen Gerechtigkeit und Schonung der Volkskraft, Entlastung der nothwendigen Lebensbedürfnisse, verwirft jede Zoll- und Wirtschaftspolitik im Dienst der Sonderinteressen.

Darum, Ihr Arbeiter, Handwerker und Kaufleute, Bürger in Stadt und Land, wählt deutschfreisinnig!

Aus dem Reiche.

— Unter den Arbeitern in Pommern herrscht in diesem Jahre, wie der „Nordd. Allg. Ztg.“ geschrieben wird, große Auswanderungslust für Brasilien. Die Auswanderungsagenten haben das Gerücht ausgebreitet, Prinz Heinrich wolle dort ein Reich gründen, und der Kaiser werde nicht zugeben, daß Auswanderer wegen Kontraktbruchs zurückgehalten würden; vielmehr sollten sogar Auswanderungslustige auf Antrag sofort aus dem stehenden Heere entlassen werden. Die Bewegung geht von einem Auswanderungsagenten in Lissabon aus. Gegen die Unteragenten geht die Behörde vor, meistens sind dieselben jedoch nicht zur Bestrafung zu bringen, weil sie nur Schreiben ohne Namensunterschrift verbreiten. Gleichzeitig hat die Behörde die Leute vor dem Auswandern nach Brasilien warnen lassen. Die Amtsvorsteher sind angewiesen worden, sie mit den wahren Verhältnissen bekannt zu machen. Allein diese Maßregel ist ohne Wirkung geblieben; die Leute sind noch mehr geneigt, abenteuerlichen Gerüchten Glauben zu schenken. Viele Arbeiter bereiten sich zur Auswanderung vor, indem sie ihre Sachen nach und nach heimlich verkaufen.

Ausland.

Frankreich. Paris, 12. Febr. Der junge Herzog von Orleans ist zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt. Die jungen Advokaten brachten ihm eine Ovation.

Portugal. Die Lage in Portugal hat plötzlich einen beunruhigenden Charakter angenommen. Es schien, als habe sich die Stimmung bereits beruhigt; allein diese Annahme war irrig. Die Hauptstadt Lissabon ist am vor. Dienstag Abend der Schauplatz tumultuarischer Vorgänge gewesen. Es liegen von dort die folgenden offiziellen Telegramme vor: Eine große Menschenmenge hatte sich gegen Abend auf dem Don Pedro-Platz versammelt, wo 3 Republikaner versuchten, die Menge zu haranguiren; die Polizei forderte zum Auseinandergehen auf und nahm, da sie Widerstand fand, vor der Oper 28 Verhaftungen vor; unter den Verhafteten befanden sich auch 2 der Redner. Es sind umfassende Maßregeln getroffen worden; sämtliche Truppen sind konfiscirt. Polizei und Truppen halten die Hauptstraßen und Plätze besetzt, wo sich eine zahlreiche Menschenmenge bewegt. Vielfach ertönt der Ruf: „Es lebe die Armee, nieder mit der Municipalgarde!“ Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Einige Zeitungen, welche aufreizende Artikel enthielten, sind beschlagnahmt worden. Oeffentliche Kundgebungen sind auch in Oporto und Coimbra untersagt. Es heißt, die politischen Verbrecher sollten an Bord eines Kriegsschiffes gebracht werden, ebenso sollen strenge Maßregeln gegen die Presse ergriffen und einige Zeitungen verboten werden. Der Ministerrath

ist versammelt und empfing die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden, welche über die Situation Bericht erstatteten. Die Stadt beginnt ihre gewöhnliche Physiognomie wieder anzunehmen. Die vorstehende Depesche verschweigt offenbar Manches, und es ist zu vermuthen, daß die Situation in Lissabon weit schlimmer ist, als Meldungen zugeben. Zu den Erklärungen, welche Lord Salisbury am vor. Dienstag im Unterhaus über den Konflikt mit Portugal abgegeben hat, wird nachträglich noch gemeldet, daß der Premier weiter ausführte, es sei unmöglich gewesen, die Ansprüche Portugals am Schire und Nyassa-See anzuerkennen, die unter engl. Schutze ständen oder die von England kolonisiert seien. Die Regierung wünsche keine bereilte Lösung, aber da Portugal den Major Serpa Pinto mit bewaffneter Streitmacht gesandt und dieser die britische Fahne gewaltsam niedergedrückt habe, sei es absolut unmöglich gewesen, den Afrikanern den Glauben zu lassen, daß England unfähig sei, seinen Schützlingen Schutz zu gewähren.

Böhmen. Ueber den Nothstand im Isergebirge wird aus Reichenberg vom 10. d. M. geschrieben: Wie groß der Nothstand im Isergebirge ist, davon macht sich nur jener einen Begriff, der sich an Ort und Stelle hiervon überzeugt. Die eingeleiteten Sammlungen werden mit allem Eifer betrieben. Deren Ergebnis beträgt bis heute etwa 3200 Fl. Was will aber diese Summe den vielen, vielen Hunderten von Glasarbeitern gegenüber heißen, welche am Hungertuche nagen? Vorgestern hatte ein Gendarm einen Arbeiter wegen Theilnahme an den Excessen vom 29. v. Mts. zu arretiren. Als dieser in die Wohnung desselben kam, bot sich ihm ein erschütterndes Bild von Elend. Die ganze Familie, aus sechs Köpfen bestehend, hockte mit dem Familienoberhaupte, einem Glasprenger, in einem mit Stroh und Lumpen gefüllten Bette in der froststarrten Stube, deren Einrichtung nur noch ein werthloser alter Tisch bildete, alles andere war veräußert worden, um dem peinigenden Hunger zu begegnen. Man kann sich die Scene vorstellen, als der Arbeiter dem Gendarmen folgen mußte. Oft theilt die im Nothstandsgebiete dislozirte Militärmannschaft ihr Kommissbrod mit den hungernden Arbeitern. Das Elend ist thatsächlich auf eine enorme Höhe gestiegen.

Aus dem Großherzogthum und den Nachbarstaaten.

Oldenburg, 14. Februar.

— Se. Königl. Hoh. der Großherzog hat an Stelle des in Folge seiner Verletzung ausgeschiedenen früheren Hauptamtsrendanten Bapp den Hauptamtsrendanten Stühling in Oldenburg zum Mitgliede der Prüfungs-Kommission für die Subalternstellen des Zivilstaatsdienstes, Abtheilung für die untern Stellen des Zoll- und Steuerdienstes ernannt.

— Am 1. April d. J. wird für den Bereich der preuß. Eisenbahn-Direktionsbezirke der bereits seit 1. April 1889 zum Theil gültige Normal-Personengeldtarif einheitlich durchgeführt werden. Danach werden demnächst durchweg die Sätze für die 4 Fahrklassen bei gewöhnlichen Personenzügen 8, 6, 4 u. 2 Pf. für das Kilometer betragen. Bei Schnellzügen sind die 3 ersten Klassen 9, 6 $\frac{3}{4}$ u. 4 $\frac{1}{4}$ Pf. und Rückfahrkarten 12, 9 u. 6 Pf. zu entrichten. Fahrkarten 4. für Schnellzüge und Rückfahrten werden nicht ausgegeben. Weiß man die kilometrische Entfernung, so kann man sich hiernach mit Leichtigkeit die Kosten der Eisenbahnfahrt selbst ausrechnen.

— 3 $\frac{1}{2}$ % Anleihe der Bewässerungsgenossenschaft des 1. Verbandes an der Huute. Zweite Ziehung vom 12. Febr. 1890: Lit. A. Nr. 9, 75 a M. 500.—. Lit. B. Nr. 155, 169, 223 a M. 300.—. Die Einlösung geschieht vom 1. Sept. 1890 an bei der Oldenburgischen Spar- u. Leih-Bank zu Oldenburg. Restanten: keine. Restanten der 4 % Huute-Bewässerungs-Anleihe: Lit. A. 117, 118 a M. 500.—. Lit. B. 125, 126, 155 a M. 300.— fällig seit 1. Jan. 1889.

— 4% Anleihe der Stadt Oldenburg. 9. Ausloosung vom 13. Februar 1890. Gezogen sind die Nummern: Lit. A. 1, 2, 52, 70, 117, 121, 188

Hierzu drei Beilagen.

a M. 2000.— Lit. B. 31, 65, 106, 107, 138, 166, 186, 213, 217, 249, 301, 353, 372, 388, 413, 433, 435, 450, 458, 511, 575, 627, 633, 659, 709 a M. 500.— Lit. C. 21, 44, 53, 72, 85, 162, 179, 189, 241, 243, 283, 331, 354, 394, 399, 405, 407 a M. 100.— Die Einlösung geschieht vom 1. Okt. 1890 ab bei der Oldenb. Spar- u. Leih-Bank. Restanten: Lit. B. 715 fällig seit 1. Okt. 85, Lit. C. 51 fällig seit 1. Okt. 86, Lit. C. 281, 302 fällig seit 1. Okt. 87, Lit. C. 204, 218, 293 fällig seit 1. Okt. 88, Lit. B. 102 und C. 27, 206 fällig seit 1. Okt. 89.

— Es mag vielen Wählern, namentlich denen auf dem Lande nicht bekannt sein, daß es gesetzlich gestattet ist, auf Stimmzetteln, welche man bereits bedruckt erhält, den gedruckten Namen streichen darf und dafür einen freisinnigen schreiben darf. Ebenso kann man sich selbst Wahlzettel schneiden, sollte man eventl. den ungewünschten erhalten, allerdings muß man alsdann den selbst angefertigten dem Formate und der Qualität des Papiers (Schreibpapier) möglichst genau anpassen.

— Die am Mittwoch Abend, den 12. Februar, in Ad. Doodts Etablissement abgehaltene öffentliche Wählerversammlung, welche von dem freisinnigen Wahlverein hies. einberufen war, war außerordentlich stark besucht. In markigen Worten bewies unser Kandidat, Herr Hugo Hinze aus Berlin abermals, welche edlen und freien Ziele derselbe zum Wohle der Bevölkerung s. Z. im Parlament erstrebt hat und noch erstreben werde, sollte er als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen. Wir ermahnen daher nochmals alle Wähler des 1. oldenburgischen Wahlkreises, sich durch keine Irrlehren oder sonstige Vorkriegselungen, wie diese vor drei Jahren auf alle mögliche Weise verbreitet wurden, verblüffen zu lassen, sondern im eigenen Interesse als echt deutscher Mann zu handeln und frei im Herzen zu wählen und dieserhalb dem Kandidaten der freisinnigen Partei, Herrn **Hugo Hinze** aus Berlin, die Stimme zu geben. — Ein stenographischer Bericht wird morgen in einer Extra-Ausgabe der „Neuen Ztg.“ folgen, weshalb wir hier von einer weiteren Auseinandersetzung, wie von der Diskussion mit dem sozialdemokratischen Vertreter, Herrn Watermann, absehen.

— Die am Donnerstag Abend in Osterburg stattgehabte allgem. Wählerversammlung, welche recht zahlreich aus allen Klassen der Bevölkerung besucht war, verlief für die freis. Sache in der glänzendsten Weise. Hr. Hugo Hinze, der Kandidat der freis. Partei, entwickelte sein Programm in so klarer deutlicher Weise, daß überhaupt kein Zweifel darüber laut werden kann, wie er sich, wenn er als Abgeordneter gewählt wird, bei den Abstimmungen verhalten wird, treu dem Grundsatz; stets voll und ganz mit aller Kraft für die Rechte des deutschen Volkes einzutreten. Hr. Aug. Baars versuchte es, einzelne Punkte, welche das Verfahren der natl. Partei recht deutlich kennzeichneten, zu entkräften; aber es verfiel nicht, die Wähler sind seit 1887 denn doch etwas klüger geworden, der deutsche Michel ist erwacht und erinnert sich des alten wahren Sprüchwortes: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht! welches seit 1887 noch lebhaft vor aller Augen steht. Der nicht enden wollende Beifall, sowie das brausende Hoch auf den Kandidaten, Herrn Hinze, werden den Nationalliberalen denn doch wohl die Augen geöffnet haben, daß dort kein Boden für das Kartell ist, wo Junker das Szepter führen und die süßgarnigen Nationalliberalen sich ruhig an deren Nachschöbe hängen.

— Im 3. Oldenburger Wahlkreise soll, wenn wir recht unterrichtet sind, außer den beiden aufgestellten Reichstagskandidaten der Kandidat der freisinnigen Partei, Herr Hugo Hinze aus Berlin als Zahlkandidat aufgestellt sein.

— Was der Deutsche an Steuern und Zöllen für seinen und seiner Familie Unterhalt zu zahlen hat, wird uns auf dem heute der „Neuen Zeitung“ beigelegten Tableau in Wort und Bild prächtig vor die Augen geführt. Wir empfehlen diese Beilage jedem unserer geehrten Leser zur gest. Begutachtung; denn nur die wahre Thatsache spricht auf diesem Bilde. Just ist es noch Zeit, um diesem Steuersystem auf dem weiteren Wege vorzubeugen. Laßt uns Männer wählen, die energisch dagegen Protest einlegen, laßt uns freisinnig wählen, nur dann kann uns geholfen werden.

— Das Becker'sche Etablissement in Osterburg erfreut sich einer immer größeren Frequenz. Es ist dieses insofern leicht erklärlich, da die herrlich und auf's bequemste eingerichteten Räumlichkeiten jedem Verein, jeder großen und kleinen Gesellschaft vollständig entsprechen. Am Montag hielten die Arbeiter der Glashütte dortselbst einen großen Ball ab, an welchem die Herren Beamten und Chefs des Werks theilnahmen, am Mittwoch die Unteroffiziere der Dragoner. Beide großen Bälle verliefen in der schönsten Weise.

— Interessante Vergleiche über die postalischen Verhältnisse in verschiedenen Kulturstaaten ergeben sich aus nachfolgenden Mittheilungen. Deutschland besitzt zur Zeit 19 476 Postbüreau, England 17 587, Frankreich dagegen nur 7316. In Deutschland beförderte die Post während des verflossenen Jahres 65 Millionen Postanweisungen, durch welche ein Kapital von 4 Mil-

liarden und 800 Millionen Mark in Umlauf gesetzt wurde. Während derselben Zeit wurden in Frankreich nur 21 Millionen Postanweisungen befördert, welche ein Kapital von 658 Millionen Franken ausmachten.

— Nächsten Sonntag, als am 16. Febr., finde im Oldenburger Schützenhofe (Ziegelhof) großer öffentlicher Ball statt. Die großen schönen Säle sind auf das Herrlichste decorirt zum Maskenfest des hiesigen Schützenvereins. Die Musik wird dieses Mal von zwei Kapellen ausgeführt. Wir haben dieserhalb volle Ursache, besonders an dieser Stelle auf diesen seltenen Genuß hinzuweisen.

— Der Vorstand des Oldenburger Kriegervereins hat in dem Vereinsblatte einen Aufruf zur Reichstagswahl erlassen, in welchem namentlich auf die Paragraphen 2 und 5 der Bundesatzungen hingewiesen wird und welcher mit den Worten schließt: „Unter keinen Umständen aber dürft ihr eure Stimme einem Sozialdemokraten geben.“

— Der am Mittwoch Abend von dem Gesangsverein „Sängerbund“ in der Union veranstaltete Gesellschaftsabend war sehr gut besucht und fanden sämtliche Programmnummern, hauptsächlich aber das zur Aufführung gelangte Stück „Robert und Bertram“ lebhaften Beifall.

— In den letzten Tagen sind hier drei Paletodiebstähle vorgekommen; doch ist es keinem der Diebe gelungen, mit ihrem Raube in Sicherheit zu kommen. Der erste dieser Diebstähle wurde auf dem Dobben ausgeführt. Der Dieb wurde bald nach der That verhaftet. Der zweite Diebstahl wurde von einem Schlossergehilfen in Zühne's Hotel ausgeführt. Derselbe betrat ohne Ueberzieher das Gastlocal und verschwand dann unter Mitnahme des Paletots eines andern Gastes. Der Dieb, der den Paletot schon bei einem Trödler verfehlt hatte, wurde ermittelt und der Paletot zurück-erstattet. Auch dem Bierbrauereibesitzer Wüßing in Donnerschwee wurde ein Paletot vom Hausflur gestohlen. Es ist unserer Polizei auch gelungen, den Dieb zu ermitteln und zu verhaften.

— Gestern fand in schön decorirten Saale des „Lindenhof“ die Maskerade des Unteroffizier-Club des Füsilierbataillons statt. Dieselbe war sehr gut besucht.

— Die Eisenbahn will außer den schon angekauften Ländereien nördlich der Hunte auch noch einen Theil der Willerschen Ländereien erstehen, um auf diesem Terrain verschiedene für den erweiterten Betrieb notwendige Baulichkeiten zu errichten. Da der Besitzer dieser Ländereien aber sich nicht zu einem Verkaufe versteht, so wird ihm das Land wahrscheinlich vom Ministerium enteignet werden.

— Der „Weferztg.“ wird den Fall des Oberbürgermeisters v. Schrenck betreffend von hier folgenden berichtet: Der Oberbürgermeister soll einen Beamten zu bewegen gewußt haben, aus dem von letzterem verwalteten Depositendepot ihm, dem Oberbürgermeister, Werthpapiere in der Höhe von etwa 12–15 000 Mk. auszuhandigen, welche letztere der Oberbürgermeister für sich verkauft und verwerthet haben soll. Wsdann soll seitens des betr. Beamten Anzeige gegen den Oberbürgermeister erstattet worden sein, worauf sofort seitens des Staatsministeriums Revision abgehalten sein soll, wodurch das Fehlen der Papiere bestätigt worden ist. Das Defizit soll nach neueren Gerüchten wieder gedeckt worden sein.

— Vergnügungen. Die in der letzten Zeit so zahlreich abgehaltenen Bälle und Maskeraden, sind, wo man hinsieht, stets zur allseitigen Zufriedenheit der Theilnehmer ausgefallen und muß man sich im Großen und Ganzen fragen, wo die Theilnehmer alle herkommen. Zum Glück findet bald eine längere Pause statt für diejenigen, welche geschäftlich gezwungen waren, eine größere Anzahl dieser Festlichkeiten mitzumachen. Den Beschluß der jetzigen Saison macht am nächsten Montag, den 17. d. M., der „Neue Bürger-Club“ in Ad. Doodts Etablissement mit einer großen Maskerade. Wir sind nicht berechtigt, aus der zu Schule plaudern, doch kann schon soviel verrathen werden, daß den Besuchern dieser Maskerade höchst interessante Aufführungen und Ueberraschungen geboten werden. Auch soll die Nachfrage nach Eintrittskarten eine sehr große sein (es sollen bis jetzt ca. 400 Eintrittskarten ausgegeben sein) und läßt sich demnach erwarten, daß die diesjährige Faschingsaison mit dieser Maskerade einen ebenso großartigen wie würdigen Abschluß findet.

— Die „Nordd. Reform“ brachte in Nr. 6 folgende „lehrreiche Fabel“: Das Parlament der Thiere. Ein alter Hahn erzählte einst im Kreise alter Hühner und Enten folgende Geschichte: Es war zur Zeit des Frühjahrs, wo die ersten Knospen bescheiden unter der Schneedecke hervorlugen und die närrische Menschheit noch beim Narrentanze sich ergötzt. Ein alter unzufriedener Hund, der sehr geplagt wurde, dafür viel Prügel und wenig Futter erhielt, rief eine große Viehverammlung zusammen. „Meine Herren,“ sprach der alte Koter, „alle Welt hält jetzt Kongresse ab zur Verbesserung der Lage, wir Thiere wollen jetzt auch ein Parlament wählen.“ — „Bravo!“ erscholl es von allen Seiten. — Da trat ein altes Kameel hervor und sagte: „Wen wollen wir wählen? Wir müssen einen Kameraden

wählen, der den Umgang mit Menschen kennt und auferben kann. Wir alle zusammen können wohl blöken, bellen, krähen, knurren und brummen, jedoch wer kann menschlich sprechen? Außer dem Papagei, der nur unsinniges Zeug redet und den Raben, welche stets den Schwarzen halten, kenne ich nur den Esel, der mit menschlicher Stimme begabt ist — denn er kann „Ja“ sagen.“ — Da gingen alle die Kameele, Dromedare, Döfeln und Schafsköpfe hin und wählten lauter Esel in's Parlament der Thiere. Diese gräulichen Thiere sagten zu allen Dingen „Ja!“ und so blieb die Thierwelt trotz Parlament der Menschheit dienstbar und ergeben.

Daueksberg. Der Wechsel im Bestande der Kolonisten auf unserer Arbeiter-Kolonie war im Januarmonat nur gering; es sind abgegangen 4, wogegen zugekommen sind 5, und sind im Ganzen 43 Kolonisten vorhanden; von diesen sind 8 in Bremen, 19 im Oldenburgischen geboren, 39 evangelisch, 4 katholisch, 27 ledig, 6 verheirathet und 10 verwittwet, dem Gewerbe nach 2 Bäcker, 1 Cigarrenarbeiter, 1 Maurer, 1 Müller, 1 Maler, 1 Schuhmacher, 1 Schneider, 2 Schreiber, 1 Schmied, 3 Zimmerer, 1 Böttcher, 1 Dachdecker, 1 Steindruckere, die andern gewöhnliche Arbeiter; die Verpflegungskosten haben im abgelaufenen Monat pro Mann und Tag 28,12 Pf., also etwas mehr als 28 Pfennig betragen.

Barel, 12. Febr. Hr. Proprietär Gramberg am Steinbrückenweg verkaufte sein am Spülteich belegenes Immobilien an Hr. Landmann Köhne hies. für 8800 M. — Hr. Gastwirth Lütken in Obenstrohe verkaufte sein an der Oldenburgerstraße belegenes Immobilien an Frau Herbarth in Oldenburg für 8000 M.

Jeber, 12. Februar. Wie gewöhnlich nimmt hier der Pferdehandel schon zwei bis drei Tage vor dem eigentlichen Pferdemarktstage seinen Anfang und so ist es auch diesmal wieder. Obgleich der bevorstehende Freitag im Kalender als Markttag verzeichnet steht, hat der Handel bereits heute begonnen, gestern schon fanden Lieferungen von Pferden statt und heute herrscht hier reger Verkehr von Käufern und Verkäufern. Das Wetter ist dem Marktgeschäft sehr günstig, obschon es infolge des wieder aufgetretenen Frostes etwas kalt ist.

Strogroßechn. Der Beschluß unserer Kreisversammlung, zu den Kosten des Eisenbahnbaues Leer-Nurich-Wittmund die Summe von 40 000 Mk. aus den Zollerträgen herzugeben, hat hier allgemein sehr befriedigt, wenn man auch zum Zweck der Beschleunigung des Baues gern gesehen hätte, daß ein wesentlich höherer Zuschuß bewilligt worden wäre. Allerdings ist man auch hier keineswegs blind gegen die Nachteile, die einzelnen Geschäften aus der erleichterten Konkurrenz der Städte Aurich und Leer erwachsen dürften, aber andererseits verkennt man auch die ungemain großen Vortheile nicht, welche der Landwirtschaft und vielen Geschäftsleuten die angestrebte Bahnverbindung bringen wird. Hoffen wir, daß das Projekt, welches einen sehr bevölkerten Theil unserer Provinz dem größeren Verkehr erschließen und den landwirthschaftlichen Betrieb ganz wesentlich heben wird, bald realisiert werden möge.

Goldenstedt, 10. Febr. Heute um die Mittagsstunde gerieth ein aus Mörsen, Kirchspiel Twistringen, gebürtiger 72jähriger Mann beim Fällen eines Baumes bei der Tange unter den stürzenden Baum. Wenige Minuten darnach war der unglückliche Greis eine Leiche.

Gloppenburg. Ueber den Stand des Roggens kann man bis jetzt nur Günstiges berichten. Es möchte gut sein, wenn die Saat durch rauhes Wetter noch einige Zeit niedergehalten würde.

Aus dem Saterland, 8. Februar. Die günstige Witterung hat es zu Wege gebracht, daß schon viele Leute mit der Bestellung ihres Buchweizenmooses fertig sind. Zudem giebt das offene Wetter Gelegenheit zum Geldverdienen. Mehrere arbeiten täglich am Kanal und erhalten dort einen Tagelohn von 1 Mk. und 50 Pf.

Aurich, 10. Febr. In der Nacht zum Sonntag brannte die in Sandhorst befindliche Töpferei des Herrn Jentsch hieselbst total nieder; erhalten blieb nur der zur Zeit des Brandes voller Töpferwaaren stehende Trockenofen. Die Entstehungursache ist unbekannt. — Auch am gestrigen Abend sah man in südlicher und nordwestlicher Richtung der Stadt helle Feuerscheine, ob dieselben aber von Schadenfeuern herrührten ist uns bis jetzt nicht bekannt geworden.

Aurich. Die Hengstföhrung, welche beendet ist, hat folgendes Gesamtergebnis ergeben: Angeföhrt sind 32 alte und 30 junge (3jähr.) Hengste, von letzteren gelangten in den engeren Ausschuß 11, hiervon sind verkauft 8 Stück. — Angeld erhielten: R. Folkerts-Suurhusen (für Nr. 233 des gedruckten Verzeichnisses) 600 M., Huber-Hannover (für Nr. 37) 400 M., R. A. Schoneboom-Borssum (für Nr. 120) 400 M., Ed. Daun-Horster-Grashaus (für Nr. 144) 400 M., Th. Janßen-Friedrichsgröde (für Nr. 210) 400 M., D. B. Dismanns-Leer (für Nr. 230) 400 M.

Bremen. Hier hat bekanntlich der Reichsverein den Kaufmann Papendiek als Kandidaten aufgestellt, die Freisinnigen den Abg. Dr. Barth. Die „Weferztg.“

sagt heute: „Die politischen Gesinnungen der Bevölkerung sind in Papendieck's Händen gewahrt. Wenn wir einen liberalen Mann in den Reichstag bringen, so haben wir erreicht, was wir verlangen konnten; nur der freisinnige Fraktionsstandpunkt ist nicht ganz befriedigt worden, dafür werden sehr große Theile unserer Bevölkerung aber die lebhafteste Befriedigung empfinden, wenn wir einen Mann nach Berlin senden, der trotz aller seiner freisinnigen Anschauungen doch nicht die Verkörperung der ausgesprochen schlechtesten Beziehungen zur Reichsregierung ist. Das klingt so als ob die freisinnige Partei aus den ausgesprochen schlechtesten Beziehungen zur Reichsregierung einen überflüssigen Sport mache. Herrn Papendieck, wenn er gewählt werden sollte, wird nichts übrig bleiben, als die schlechten Beziehungen zur Regierung zu ertragen oder trotz seiner freisinnigen Ueberzeugung nach dem Willen der Regierung zu stimmen. Ein Drittes giebt es nicht.“

Gingefandt.

Mehrere Wähler, denen herzlich daran liegt, den gehässigen Ton früherer Wahlperioden vermieden zu sehen, bitten Sie, Notiz davon zu nehmen, von wem diesmal die Hezerei und die persönlichen Verdächtigungen ausgehen. Man ist selten so glücklich, constatieren zu können, wer der Urheber derartiger Hezereien ist. Diesmal können wir es. Wer es am Dienstag nicht gehört hat, der lese den Bericht der Versammlung, den die „Oldenburger Zeitung“ herausgegeben hat, und er wird klar sehen, daß Direktor Stein die zweifelhafte Ehre hat, mit einem gehässigen Ton durch persönliche Verdächtigung den ruhigen, aufständigen Verlauf des diesjährigen Wahlkampfes gestört zu haben.

Allerlei.

Warendorf, 7. Februar. Ein überaus trauriges Unglück ereignete sich heute auf dem sogenannten Postdiele. Fünf Kinder im Alter von 10—12 Jahren, welche sich dort am Eislauf vergnügten, brachen durch die dünne Eisdecke und 4 davon mußten ihre Unvorsichtigkeit mit dem Leben bezahlen, während es dem Fünften gelang, das Ufer zu gewinnen. (M. N.)

Kirchliche Nachrichten.

Am Sonntag, 16. Febr.
1. Hauptgottesdienst (9 Uhr): Past. Ramsauer.
2. (10 1/2 Uhr): Past. Roth.
Abendkirche (5 Uhr): Past. Wilkens.

Anzeigen.

Sensationelle Erfindung für

Raucher.

Rich. Berek's gesetzlich geschützte

Sanitäts-Pfeife

Übertrifft Alles bisher Dagewesene



Die Sanitätspfeife braucht nie gereinigt zu werden.
No. 14. 100 cm lang, aus fein polirtem Ahornholz 3 M.
No. 8. 95 cm lang, aus echtem wohlriechendem Weichselholz 5 M.
No. 2. 100 cm lang, ebenso, aber mit langem Hornabguss 8 M.

Jede Pfeife mit breiter Spitze und Reservoirmundstück 25 Pf. mehr. Wiederverkäufer Rabatt. Versand gegen Nachn. ok vorher. Einfind. des Betrages.

Alleiniger Fabrikant:

J. Fleischmann Nachf., Ruhla (Thür).
Niederlage zu Fabrikpreisen bei
M. G. Poppen, Hofkunstdrechsler,
Achtzehnstraße 47.

Residenzkeller.

Auslich von
Edt Pilsener.
A. Wein.

Wahnbeck. Schmiedemeister C. Rowold läßt Auswanderung halber am

Dienstag, 25. Februar,

Nachm. 2 Uhr

3 tied. Kühe, 2 trächt.

Schweine,

9 Hühner,

5 Körbe

Standbienen, Bienen-

körbe, 4 S. S. grünen

Roggen, Speck, Würste, Kutterhonig,

Corf, Heu, Stroh, 400 Schoof Dach-

stroh, 3 Fuder Corf auf Rüben, Moor,

Dünger,

1 vollständiges gut erhaltenes Schmiede-

geräthschafft,

namentlich: Amboss, Speerhorn,

Schraubstock, Blasebalg, fertige eis.

Ackergeräthe, 1 Kleider-, 1 Glas-, 1

Milch- u. ein Hangschrank, 6 Stühle,

2 Tische, 1 Kommode, 1 Haus-Uhr,

1 Handwagen, 1 Kinderwagen, große

und kleine eis. Töpfe, 1 Butterkarne,

Milchgeräthschafft, 1 Backtrog, Eimer,

Balgen, Kisten, 1 Hackblock, 30 Schffl.

Kartoffeln, 10 Schffl. Buchweizen u.

viele sonstige Gegenstände öffentlich

meistbietend mit geraumer Zahlungs-

frist verkaufen, wozu einladet

C. Hagendorf,

Auctionator.

Zu verkaufen

2 Gräber auf dem Gertrudenkirchhof.

Neuestr. 6.

Lehrling-Gesuch

Für mein Eisen-, Stahl- und Kurzwaren-Geschäft suche zu Ostern einen Lehrling unter günstigen Bedingungen.

Heinr. Laue.

In Max Hesse's Verlag in Leipzig erschien soeben und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Hervorragendes Werk für das junge Geschlecht:
Katechismus des guten Tones
und der feinen Sitte

von Constanze von Franken.

Eleg. geb. 2 Mark.

„Möchte dieses vortreffliche Buch nicht nur in der Hand eines jeden jungen Mädchens, sondern auch jeden jungen Mannes zu finden sein. Es ist ein vorzügliches Werkchen, würdig die größte Verbreitung zu finden.“ so äußerte sich eine hochgestellte Persönlichkeit, der das Buch vorgelegen. Beste Ausstattung in Papier, Druck und Einband machen das ca. 240 Seiten starke Buch zu einem hervorragenden Geschenkwerk. Der Preis — 2 Mark gebunden — ist außerordentlich billig. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.



Rechnungsformulare

Liefert schnell, sauber und billig die

Buchdruckerei von Fritz Drewes.

Zur gefälligen Beachtung!

Zu bevorstehenden Winterreifen und Bällen halten wir unser

Miet-Fuhrwerk

den hochgeehrten Herrschaften bestens empfohlen.

Bestellungen nehmen entgegen

Meier & v. Minden,

Rosenstraße 14.

Wer sich für Gartenbau interessiert, Obstbau, Gemüse- und Landwirthschaft betreibt,

der bestelle sich durch Postkarte eine Probenummer der „Verinigten Frauendorfer Blätter“ (Allgemeine deutsche Gartenzeitung, Obstbaumsfreund), die unsonst und frei vom Verlag der Frauendorfer Blätter in Frauendorf, Post Wilsbosen in Niederbayern zugesandt wird.

Die „Frauendorfer Blätter“ geben in einfacher, schlichter Sprache Anweisung, wie Obstbau, Gemüse- und Blumenzucht und Landwirthschaft praktisch und richtig betrieben werden. Vortreffliche Abbildungen erleichtern das Verständnis des Gelesenen.

Die „Frauendorfer Blätter“ erscheinen wöchentlich und kosten halbjährlich bei jeder Postanstalt und in jeder Buchhandlung 3 M.

Die „Frauendorfer Blätter“ sind die einzige Gartenzeitung, die ihren Jahres-Abonnenten auch noch gratis eine

Samen-Prämie

von 20 Sorten erprobter guter Samereien für den Blumen- und Gemüsegarten zustellt. Außerdem erhält jeder Abonnent sofort mit der ersten Nummer die neuesten großen Frauendorfer Samen- und Pflanzenkataloge kostenfrei mitgeschickt.

Se. Majestät:

Der Mikado

von Japan

trifft in nächster Zeit hier ein mit einem Gefolge von 50 Personen (25 Japanesen u. 25 Japanesinnen), um sich hier auf einige Tage öffentlich zu zeigen



Epilepsie.

Krampf- u. Nervenleidende finden sichere Heilung nach einzig dastehender tausendfach bewährter Methode.

Briefliche Behandlung nach Einsendung eines ausführlichen Berichtes, dieselben sind mit Retourmarken zu adressiren:

„Hygiea Sanatorium“ Hamburg I.

Reichstagswahl.

Sonnabend, den 15. Februar, Abends 7¹/₂ Uhr findet im **Eversten** in „**Tabkenburg**“ eine **Versammlung mit Vortrag** statt, zu der alle Wähler eingeladen werden.

Der Vorstand des deutsch-freisinnigen Wahlvereins.

Reichstagswahl.

In **Hatten** findet am **Sonntag, den 16. Februar**, Nachmittags 4 Uhr im **Kösel'schen Saale** eine

allgemeine Wählerversammlung statt, zu der freundlich eingeladen wird.

Der Vorstand des deutsch-freisinnigen Wahlvereins.

Reichstagswahl.

Die Versammlung in **Wüsting** findet nicht **Sonntag**, sondern

Montag, den 17. Februar, Nachmittags 5¹/₂ Uhr im **Claussen'schen Saale** statt.

Der Vorstand
des deutsch-freisinnigen Wahlvereins

Reichstagswahl.

Versammlung in Etzborn am **Montag, den 17. Februar**, Nachmittags 5 Uhr im **Hanken'schen Saale**.

Alle Wähler werden eingeladen.

Der Vorstand des deutsch-freisinnigen Wahlvereins.

Oppermann's Hôtel.

Dienstag, den 18. Febr. 1890

Öffentlicher

Vortrag.

Entrée frei.

In Anbetracht allgemeinen und öffentlichen Interesses bezüglich der

Erdoelfrage

werde ich, anschließend an meine früheren Vorträge denjenigen beehrten Fachmännern über meine seit-berige Thätigkeit, Erfolge, Verluste und gesammelten Erfahrungen betr. **Fischzucht und Wassercultur** 2c. 2c. einen

öffentlichen Vortrag

halten, zu welchem ich hiesige wie auswärtige Freunde der Sache, wissenschaftliche Capacitäten unter **And.** auch Herrn **Dr. Greve** zur Begutachtung und öffentlichen wissenschaftlichen Disputation einlade.

Anfang 8 Uhr. Entrée frei.

Christian Wagner.

Bürgerfelde.

Am Sonntag, den 16. Februar

Große Tanzparthie,

ausgeführt von der Capelle des Musikdirigenten Herrn **Schmidt**.

Wozu freundlichst einladet **Joh. Meyer**

Eversten.

Tabkenburg.

Sonntag, den 16. Februar

großer Ball

bis 2 Uhr.

wozu freundlichst einladet

J. S. Heinemann.

Zoologischer Garten.

Am Sonntag, den 16. Februar,

Großer Ball.

Tanz-Abonnement 1 Mark.

Anfang 4 Uhr Nachmittags,

wozu höflichst einladet

G. Schmidt.



Tischler-Ball.

Zum Besten der hiesigen **Tischler-Brantenkasse** findet am **Sonntag, den 16. ds. Mts.** beim Gastwirth **Meier** in **Eversten** ein

BALL

statt. (nicht bei Meier in Bürgerfelde.) Wozu wir die Herren Meister und Gefellen freundlichst einladen.

Anfang 6 Uhr.

Der Vorstand.

Oldenburger Hof.

Nellenstraße 23.

Am Sonntag, den 16. Februar,

Grosser Ball

Hierzu ladet höflichst ein **H. B. Hinrichs.**

Zum grünen Hof.

Am Sonntag, den 16. Februar,

Grosser Ball

wozu freundlichst einladet

Joh. Seghorn.

Eversten.

Zum weissen Lamm.

Am Sonntag, den 16. Februar,

Große Tanzmusik,

wozu freundlichst einladet

Duvenhorst.

Osternburg.

Becker's Etablissement.

Am Sonntag, den 16. Februar,

Großer Ball.

Anfang 4 Uhr.

Tanz-Abonnement 1 Mark.

Es ladet freundlichst ein

Aug. Becker.

NB. Jeden Abend Moerturle.

Oldenburger Schützenhof.

Sonntag, den 16. Februar

In den auf das großartigste decorirten und feenhaft erleuchteten **Doppelsälen**

Öffentlicher Ball,

ausgeführt von 2 Musikchören.

Tanz-Abonnement 1 Mk.

Anfang 4 Uhr Nachmittags.

NB. Die Säle enthalten die ganze Decoration, wie solche für das Maskenfest des Schützen-Vereins hergestellt ist.

Montag, den 17. Februar, Abends 7 Uhr in derselben Weise

Öffentlicher

Fastnachts-Ball

bis 1 Uhr Nachts.

Tanz-Abonnement 1 Mk.

Louis Nolte.

Großherzogliches Theater.

Sonntag, 16. Febr. 70. Vorst. im Abonnement.

Adrienne Lecouvreur

Drama in 5 Akten, von Scribe und Legouvé.

Deutsch von Hermann.

Rassenöffnung 6¹/₂ Uhr. Anfang 7 Uhr.

Beilage

zu Nr. 19 der „Neuen Zeitung für das Großherzogthum Oldenburg“ vom 15. Februar 1890.

Das Kartell in Gefahr.

Seit der Veröffentlichung der kaiserlichen Erlasse ergeht sich die Kartellpresse noch mehr als vorher in den heftigsten und theilweise lächerlichsten Angriffen gegen die freisinnige Partei. So hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ sogar die Entdeckung gemacht, daß der freisinnige Wahlauftritt in der Hauptsache sozialdemokratische Forderungen enthalte. Ob die Norddeutsche auf die Forderung eines ausreichenden Arbeiterschutzes und die Sicherung der Koalitionsfreiheit und völligen Gleichberechtigung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer für sozialdemokratisch hält, obgleich sie den Hauptinhalt der kaiserlichen Erlasse bilden, mag dahingestellt bleiben. In Kartellkreisen scheint man eine dringende Nothwendigkeit zu fühlen, die Freisinnigen in jeder Hinsicht als Sozialdemokraten, Revolutionäre u. s. w. zu verdächtigen. Zu Wahlzwecken kann es nicht geschehen, die Wähler lassen sich dergleichen Ungereimtheiten nicht aufreden. Vielleicht zielt man damit nach einer andern Stelle. Das Kartell ist, wie es scheint, etwas im Preise gesunken. Ein Mitarbeiter des „Fränk. Cour.“ spricht von sehr geheim gehaltenen Nachrichten über allgemeine Aussprüche, die der Kaiser am Dienstag auf dem Reichskanzleressen nach Tische an einen kleinen Kreis ihm nahe stehender Abgeordneter gethan hat. Der Kaiser will, daß das Volk in der Reichstagswahl offen und frei seine Meinung kundthue — also keinerlei Wahlbeeinflussung! Der Kaiser hegt Zweifel, ob wirklich der Kartellreichstag der frei Ausdruck der Volksmeinung sei. Der Kaiser würde, wenn das Volk in seiner geordneten Vertretung es verlangt, es auch mit Rathgebern anderer Richtung versuchen — selbstverständlich müßten sie streng monarchisch sein. Das sind die Eindrücke, welche die Aussprüche des Kaisers und was man sonst aus seiner Umgebung hört, auf die Kartellbrüder gemacht haben. Und darüber herrscht große Bestürzung. Dazu noch die Wahlnachrichten aus dem Reich. Aus Nord und Süd, aus Ost und West die gleiche starke Strömung nach links — es ist, als ob die Volksseele aus dem Schlummer erwacht wäre. Wird diese Strömung anhalten und wachsen bis zum 20. Februar? Oder läßt sie sich wieder zurückdämmen? die Furcht ist groß, und schon in wenigen Tagen werden die Fragen Antwort finden.

Eine Million.

Roman von Karl Keller.

(Fortsetzung.)

„Nun, so wird es Sie auch interessieren, zu erfahren,“ sagte Niemberg, „daß der jugendliche Autor mir dieser Tage einen Roman zum Verlag angeboten hat.“

„Werden Sie ihn drucken lassen?“ fragte Sophie lebhaft.

„Das weiß ich noch nicht,“ erwiderte der alte Herr, „ich muß darüber noch reiflich mit mir zu Rathe gehen.“

„Ist der Roman nicht gut?“

„Er ist brillant geschrieben, aber es kommt ganz auf die Stimmung des Publikums an, ob er eine günstige Aufnahme finden wird. Er hat eine gefährliche Tendenz. Es ist gewiß, daß er einigen literarischen Feinschmeckern zusagen wird, aber es ist sehr zweifelhaft, ob er einen großen Erfolg erringt. Ja — wenn der junge Mann es aushalten könnte.“

„Wie ist das zu verstehen?“

„Ich meine, wenn Römer Geld genug hätte, um einmal ordentlich Klame zu machen, so wäre ihm eine schöne Zukunft zu prophezeien. Dem Verleger ist es nicht zumuthen, das Risiko zu übernehmen, da er nicht weiß, ob er die später zu erwartende Ernte einheimsen darf. Was hätte ich zu erwarten, wenn ich jetzt gesonnen und bereit wäre, Tausende zu riskiren, um dem Anfänger die Wege zu ebnen? Für seine nächste Arbeit würde er mit einem anderen Verleger, der ihm günstige Anerbietungen macht, zusammengehen, und meine Anstrengungen und Opfer wären für mich nutzlos gewesen.“

„Das ist aber ein sehr engherziger Standpunkt, den Sie da einnehmen, Herr Niemberg,“ sagte Fräulein Sophie.

„Ein Standpunkt, der dem Geschäftsmann geziemt.“

„Läßt denn Ihr Geschäft nicht auch einigen Idealismus zu?“

„Gewiß, aber der Idealismus darf kein Geld kosten.“

„Mir fehlt jedenfalls das Verständniß, um Ihre geschäftlichen Auffassungen gebührend zu würdigen,“ sagte Sophie. „Ich will aber gestehen, daß mir sehr viel daran gelegen ist, daß der Roman des Herrn

Römer recht bald erscheint. Ich wäre gar nicht abgeneigt, das geschäftliche Risiko, welches Sie fürchten zu übernehmen.“

Herr Niemberg blieb stehen und blickte das junge Mädchen erstaunt an.

„Wie — Sie hätten also ein persönliches Interesse an dem Erscheinen des Romans?“

„Gewiß, Herr Niemberg. Aber Sie werden auch schweigen können.“

Der alte Herr machte ein sehr pfliffiges Gesicht.

„Ah, ah! So steht die Sache!“ sagte er, wobei er schelmisch mit dem Finger drohte.

Sophie erröthete.

„Sie befinden sich auf einer falschen Fährte,“ mein lieber Herr Niemberg,“ sagte sie dann lachend. „Es ist wahr, daß ich Ihnen ein Geheimniß mitzutheilen habe, aber es ist nicht derart, wie Sie es in Ihrem bösen Herzen vermuthen. Im Ernst, hören Sie mir zu: Herr Römer war einige Wochen hindurch Lehrer bei meinen Brüdern . . .“

„Ach! — Also doch!“

„ . . . Und es ist ihm in unserem Hause ein großes Unrecht widerfahren, das ihm nicht nur einen herben Schmerz, sondern auch großen Schaden zufügte. Er mußte seine Thätigkeit als Hauslehrer aufgeben, und ich vermüthe, daß er jetzt auf den Ertrag seiner schriftstellerischen Thätigkeit angewiesen ist . . . Wie viel Honorar zahlen Sie ihm wohl, wenn Sie seinen Roman annehmen?“

„Ich denke, für die erste Auflage fünfhundert Mark.“

„Fünfhundert?“ . . . Sagen wir doch lieber dreitausend.“

„O weh, Sie wollen mich zu leichtsinnigen Streichen verleiten.“

„Durchaus nicht, Sie sollen jetzt nur energisch für Ihr neuestes Verlagswerk eintreten. Wie hoch, denken Sie, setzen wir den Betrag für Klame an? Ach, ich denke, wir werden ruhig darauf loswirtschaften und nichts sparen . . . Später können wir ja abrechnen, meine Sparrasse ist wohl gefüllt, daß wir uns nicht einschränken brauchen . . . Nicht wahr, Herr Niemberg, Sie ziehen mich bei dieser Angelegenheit ganz in Ihr Vertrauen?“

„Wer könnte Ihnen widerstehen?“ fragte der alte Herr. „Ihr Feuereifer für Ihren Schlingling spornt mich mächtig an. Ich gebe Ihnen mein Wort, daß der Roman „In Wehr und Waffen“ in wenigen Wochen mehrere Auflagen erleben soll, daß die ganze gebildete Welt von ihm sprechen wird.“

XXII.

Römer weilte seit vierzehn Tagen mit Klara und deren Vater in Nieder-Schönhausen.

Der alte Markus Herz fühlte sich gehoben in dem Bewußtsein, seiner Tochter eine große Freude bereitet zu haben. Daß sie glücklich war, das verriethen ihre strahlenden Augen, ihre glühenden Wangen. Römer verwandte nur die ersten Morgenstunden zur Arbeit, die übrige Zeit widmete er ihr und dem Knaben.

(Fortsetzung folgt.)

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Anna Wemken, Großenmeer, u. Johann Ruck, Niens h. Burhave. Adele Janssen u. August Fesefeld, Oldenburg. Dora Beckhufen u. Heinrich Ohmstede, Hammelwardermoor.

Geboren: Dem August Rogge, Brunswarden, ein Sohn.

Gestorben: Ww. M. G. C. Schildt geb. Lüerßen, Nordermoor. Brennereibesitzer G. Weinecke, Westerstede. Helene Friedrichs, Dovelgönne. Catharine Witte, Oldenburg.

Station Oldenburg Winterfahrplan 1889.		
An von	Richt.	Ab nach
7.27. 10.57	Leer	7.55. 2.30
1.52. 8.25		6.20. 9.20
7.45. 11. 1.58	Wil- hlshvn.	7.45. 11.56
5.3. 8.28		2.35. 6.9. 9.15
7.30 11.51	Bre-	6.16. 8.2 11.5
2.10. 6.4. 9.1.	mon.	2.10. 5.18
1.30+.		8.40
7.35. 9.46	Osmabr.	7.55 11.6
1.55. 5.3	Quakon- brück.	2.17. 6.55
8.33		8.33

Der mit + bezeichnete Zug wird nur Sonntags gefahren.

Kurzbericht der Oldenburgischen Spar- & Leih-Bank.

Oldenburg, den 14. Februar 1890.		
	gekauft	verkauft
4 pCt. Deutsche Reichsanleihe	107,10	107,65
3 1/2 pCt. Deutsche Reichsanleihe	102,70	103,25
3 1/2 pCt. Oldenburger Consols	102,50	103,50
(Stücke à 100 Mk. im Verkauf 1/4 % höher.)		
4 pCt. Oldenburg. Communal-Anleihen	102,—	—,—
4 pCt. do. do.		
Stücke à 100 Mk.	102,25	103,25
3 1/2 pCt. do. do.	100,25	—,—
3 1/2 pCt. Oldenb. Bodentredit-Pfandbriefe (kündbar)	102,—	103,—
3 1/2 pCt. Flensburg. Kreis-Anleihe	100,25	101,25
3 1/2 pCt. Landtschaftliche Central-Pfandbriefe	100,20	—,—
3 pCt. Oldenb. Prämienanleihe (fest in % not.)	131,35	133,15
4 pCt. Gulin-Lübeker-Priorit.-Obligationen	102,—	—,—
3 1/2 pCt. Hamburger Rente	101,80	—,—
3 1/2 pCt. Hamburger Staats-Anleihe von 1887	100,60	—,—
3 1/2 pCt. Bremer Staats-Anleihe v. 87 u. 88	101,70	—,—
3 pCt. Baden-Badener Stadt-Anleihe	91,—	92,—
4 pCt. Preussische konsolidirte Anleihe	—,—	—,—
3 1/2 pCt. do. do.	102,50	103,05
5 pCt. Italien. Rente (Stücke von 20000 fr. und darüber)	94,40	94,95
5 pCt. Italienische Rente (Stücke von 4000, 1000 und 500 fr.)	94,50	95,20
4 pCt. Römische Stadt-Anleihe II. — VI. Serie	86,45	87,—
4 pCt. Sardin. Eisenbahn-Priorit. II. Serie, garantirt	87,30	87,85
(Stücke von 500 Lire im Verkauf 1/4 % höher.)		
3 pCt. Italienische Eisenbahn-Priorit. gar.	57,90	58,45
Stücke v. 500 Lire im Verkauf 1/4 % höher.)		
3 1/2 pCt. Schwedische Staatsanleihe von 86	99,70	100,25
3 1/2 pCt. Schwedische Hypotheken-Pfandbriefe	96,90	97,45
4 pCt. Pfandbriefe der Braunsch.-Hannov. Hypothekbank	101,—	101,55
4 pCt. Pfandbriefe der Preuss. Boden-Credit-Aktien-Bank	101,10	—,—
4 pCt. Pfandbriefe der Mecklenb. Hypoth. und Wechselbank	101,10	—,—
3 1/2 pCt. Pfandbriefe der Rheinischen Hypothekbank	96,65	97,40
5 pCt. Borussia-Prioritäten	100,—	—,—
5 pCt. Bielefelder Prioritäten	100,—	—,—
4 1/2 pCt. Warps-Spinnerei-Prioritäten rückzahlbar 105	103,50	—,—
4 pCt. Glashütten-Prioritäten, rückzahlbar 102	100,50	—,—
Oldenburgische Landesbank-Aktien (40 pCt. Einzahlung und 5 pCt. Zins v. 31. Dezember 1889)	—,—	—,—
Oldenburg-Portugies. Dampfisch.-Aeth.-Aktien (4 pCt. Zins vom 1. Januar.)	—,—	—,—
Oldenburgische Glashütten-Aktien (4 pCt. Zins vom 1. Januar)	—,—	—,—
Warpspinnerei-Stamm-Aktien Stücke à 1000 M. (Franco Zins)	—,—	95,—
Wechsel auf Amsterdam kurz für fl. 100 in Mk.	168,35	169,15
Wechsel auf London kurz für 1 Str. in Mk.	20,415	20,515
Wechsel auf Newyork kurz für 1 Doll. in Mk.	4,165	4,215
Holl. Banknoten für 10 Gulden in Mk.	16,79	—,—
An der Berliner Börse notirt gestern		
Oldenburgische Spar- und Leih-Bank-Aktien	129,—	% bez. G.
Oldenb. Eisenhütten-Aktien (Augustsehn)	1132,—	M. G.
Oldenb. Versicher.-Ges.-Aktien per Stück	—,—	—,—
Discount der Deutschen Reichsbank	5 pCt.	—,—

Anzeigen.

Öffentlicher

Immobil-Verkauf.

Oldenburg. Am

Sonnabend, d. 22. Februar d. J.,
Mittags 12 Uhr

soll das der Ehefrau des früheren Bäckermeysters **Heinrich Diedrich Athing** hieselbst gehörige an der Langenstraße, neben dem Lappan, belegene **Geschäftshaus** mit dem dahinter belegenen neuen Wohnhaus und dem 2 ar 28 qm großen Haus- und Hofraum im Amtsgerichtslokale hieselbst durch den Unterzeichneten zum **zweiten Male** zum öffentlich meistbietenden Verkaufe aufgesetzt werden.

In dem Geschäftshause, in welchem seit ca. 50 Jahren eine Bäckerei mit gutem Erfolge betrieben worden, befinden sich 2 Läden und viele Wohnräume. Das dahinter belegene Wohnhaus enthält 2 Familienwohnungen. In dem unter dem Geschäftshause befindlichen großen Keller ist früher Wirthschaft betrieben.

Das Immobilien ist seiner vorzüglichen Geschäftslage und seiner Größe wegen zu jedem kaufmännischen Geschäfte sehr geeignet.

Falls irgend annehmbar geboten wird, soll der Zuschlag in diesem Termine erfolgen.

Der Unterzeichnete ertheilt gern jede weitere Auskunft bezüglich des Immobilien, auch liegen die Verkaufsbedingungen auf dem Bureau des Unterzeichneten zur Einsicht aus.

J. A. Calberla.

„Neuer Bürger-Club.“

(Adolf Doodt's Etablissement.)

Montag, den 17. Februar 1890, Abends 8 Uhr:



Grosses MASKENFEST



Weder Kosten noch Mühe werden gespart, das diesjährige Maskenfest des Vereins in jeder Hinsicht auf das Herrlichste zu arrangiren.

Großartige Aufführungen und besondere Ueberraschungen für Damen sind vorbereitet und gelangen zur Ausführung.

Die Musik wird, wie in den Vorjahren, auch dieses Mal von zwei Musikcapellen ausgeführt, welche abwechselnd ununterbrochen spielen.

Der große geräumige Saal des Herrn Doodt wird durch zahlreiche Lampen illuminirt und in einen prachtvollen Wintergarten umgewandelt.

Uebrigens wird alles geschehen, daß das diesjährige Maskenfest dem vorjährigen, welches durch seinen großartigen Verlauf noch bei jedem Besucher in guter Erinnerung sein wird, ebenbürtig zur Seite steht, ja noch überflügelt!!

Eintrittskarten à 1 Mk. 25 Pfg. (für Mitglieder 1 Mk.) sind bei folgenden 25 Verkaufsstellen zu haben:
Fr. Wilh. Krüger, Joh. Voss, L. Kaiser, Nadorferstr. Inhülsen, Kriegerstr. Ad. Doodt, H. Bode, C. Bartholomäus, H. Schrader, C. Dinklage, B. von Mohr, Heiligengeiststr. Oppermann's Hotel, H. Schacht, W. Grönke, Langestr. H. Gramberg, C. Hinkelmann, am Markt. Wahnbeck's Hotel, C. Corgé, Ritterstr. J. D. Dauwes, Poststraße. Düser, Staulinie. H. Wefer, B. Meller, Rosenstr. G. Würdemann, Auguststr. C. Helmerichs, Humboldtstr. A. Rüter, Johannisstr. W. und H. Rosenbohm, Osternburg und Clubdiener Liening, Kriegerstr.

NB. Außer den zu dieser Maskerade bereits angemeldeten größeren Aufführungen, können solche nur noch gestattet werden, wenn dieselben bis Freitag incl. beim Clubwirth Hrn. Ad. Doodt zur Anmeldung gelangen.
D. B.

NB. Herr Rückens wird am Abend mit Anzügen, Domino und Masken im Lokal anwesend sein, und hält sich bestens empfohlen.

Schlossfreiheit-Lotterie.

Hauptgewinne 600,000; 500,000; 400,000; 300,000 u. s. w. Mark.

Ziehung 1. Klasse: 17. März 1890. (2. Klasse: 14. April. 3. Klasse: 12. Mai. 4. Klasse: 19. Juni. 5. Klasse: 7. Juli 1890.) Zu dieser Lotterie versendet nach Ausgabe der Loose nach Reihenfolge der eingegangenen Ordres jedoch nur gegen vorherige Baareinsendung des Betrages: Original-Loose 1. Klasse: $\frac{1}{1}$ 64, $\frac{1}{2}$ 32, $\frac{1}{4}$ 16, $\frac{1}{8}$ 8,50 Mk. (Preis für alle 5 Klassen: $\frac{1}{1}$ 212, $\frac{1}{2}$ 106, $\frac{1}{4}$ 53, $\frac{1}{8}$ 27 Mk.) ferner **Antheil-Loose** mit meiner Unterschrift an in meinem Besitz verbleibenden Original-Losen mit gleichmäßigen Erneuerungsbeträgen für jede Klasse:

pro 1. Klasse: $\frac{1}{2}$ 21,20, $\frac{1}{4}$ 10,60, $\frac{1}{8}$ 5,40, $\frac{1}{16}$ 2,80, $\frac{1}{32}$ 1,40 Mark.

Antheil-Vollloose f. alle 5 Kl. berechnet: $\frac{1}{2}$ 106, $\frac{1}{4}$ 53, $\frac{1}{8}$ 27, $\frac{1}{16}$ 14, $\frac{1}{32}$ 7 Mark.

Carl Hahn, Lotteriegeschäft in Berlin SW., Neuenburger Str. 25. (gegründet 1868.)

Geheime Krankh. beiderlei Geschlechts, namentlich jeden krankhaften Ausfluss heilt nur allein, ohne Einspritzung und Berufsstörung, auch vollständig gefahr- und schmerzlos in 3-5 Tagen der emer. Königl. Militär-Arzt Ferd. Helmsen Berlin, Gneisenau-Strasse 104. Auswärts brieflich. Erfolg garantiert.



Fr. Lehmann,
 Korbmacher, Gastkrasse 10.,
 empfiehlt Kinderwagen, Lehn-
 stühle, Blumentische, Wasch-
 und Reiseförbe, Eämtliche
 Korbwaren für Stickerien
 eingerichtet, garnirte Körbe zu
 allerbilligsten Preisen.

H. Hibbeler, Schuhmacher,
 3, Grünestr. 3.

Lager selbstverfertigter

Schuh-waren

aller Art.

Anfertigung nach Maß unter Garantie.
 Reparaturen prompt u. sauber.

Unentgeltlich versch. Anweisung nach 14-jähriger approbirter Heilmethode zur sofortigen radikalen Beseitigung der **Trunksucht**, mit, auch ohne Vorwissen, zu vollziehen, unter Garantie. Keine Berufsstörung. Adresse: **Privatanstalt für Trunksucht-
 lende in Stein bei Säckingen.** Briefen sind 20 Pfg. Rückporto beizufügen.

Erfolg erzielt man nur, wenn die durch **Annoncen** gefaßt und typographisch angemessen ausgestattet sind, ferner die richtige Wahl der geeigneten Zeitungen getroffen wird. Um dies zu erreichen, wende man sich an die Annoncen-Expedition **Rud. Mosse, Berlin SW.**; von dieser Firma werden die zur Erzielung eines Erfolges erforderlichen Auskünfte kostenfrei erteilt, sowie Inseraten Entwürfe zur Ansicht geliefert. Berechnet werden lediglich die Original-Zeilenpreise der Zeitungen unter Bewilligung höchster Rabatte bei größeren Aufträgen, so daß durch Benutzung dieses Instituts neben den sonstigen großen Vortheilen eine Ersparniß an Insertionskosten erreicht wird.

Das seit 20 Jahren bestehende große
Bettfedern-Lager

W. A. Sonnemann

in Ottensen bei Hamburg

versendet zollfrei gegen Nachnahme nicht unter 10 Pfd. neue Bettfedern 60 Pfg., vorzügliche 120 Pfg., Halbdaunen 150 Pfg., prima 180 Pfg., vorzügl. Daunen nur 250 und 300 Pfg. pr. Pfd. Umtausch gestattet. Bei 50 Pfd. 5% Rabatt. Prima Füllstoff zu einem großen Bett, Decke, Kissen, Unterbett, Pfühl, garantiert jederdicht, fertig genäht nur 14 Mark, zweischläfrig nur 17 Mark.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung ist die preisgekrönte in 20. Auflage erschienene Schrift des Med.-Rath Dr. Müller über das

*gestörte Nerven- und
 Sexual-System*

Freie Zusendung unter Couvert für 1 Mark in Briefmarken.

Eduard Bendt, Braunschweig.

Steinohlen, Koks u. Torf
 halte stets auf Lager und gebe bei großen und kleinen Quantitäten ab.
 Bestellungen werden jederzeit in meinem Laden entgegengenommen. **Brandes, Steinweg Nr. 1.**

Das größte Glück auf Erden

ist nicht der Reichtum an Geld und Gut, sondern die Gesundheit. Viele Kranken erkennen ihre wahre Leiden nicht und lassen sich als Magenfranke, Blutarme, Bleich- und Schwindsüchtige behandeln. Betrachte man nun bei den meisten Kranken die sich zeigenden Symptome genauer, so wird man finden, daß Wurmkrankheit die Hauptrolle spielt; so manche Medizin wird gegen obersiehende Leiden eingenommen, wäre aber besser ersetzt durch ein Wurmmittel des bekann ten Spezialisten **Theodor Konechny in Stein bei Säckingen**. Die sichersten Symptome eines an Bandwurm, Spuhl- oder Maden-Würmer Leidenden sind: Abgang nadel- oder körbisähnlicher Glieder und sonstige Würmer, sowie Blässe des Gesichts, matter Blick, blaue Ringe um die Augen, Abmagerung und Verschleimung, stets belegte Zunge, Verdauungsschwäche, Appetitlosigkeit abwechselnd mit Heißhunger, Uebelkeiten, Aufstoßen eines Knäuels bis zum Halse, stärkeres Zusammenfließen des Speichels im Munde, Magensäure, Sodbrennen, häufiges Aufstoßen, Schwindel, öfter Kopfschmerz, unregelmäßiger Stuhlgang, Jucken im After, Koliken, Kollern und wellenförmige Bewegungen, dann stechende, saugende Schmerzen in den Gedärmen, Herzklopfen, Menstruationsstörungen. — Zahlreiche Atteste aus allen Kantonen beweisen die Vorzüglichkeit der Methode. — Dauer der Kur 30 bis 60 Minuten ganz ohne Berufsstörung. **Bei Bestellung ist Alter und Geschlecht des Patienten anzugeben.** Die meisten Kranken, welche solche Mixturen versuchsweise nahmen, waren von Würmern geplagt, während andere damit die dem Körper sehr dienliche Entfernung aller Unreinigkeiten zu ihrer Zufriedenheit erzielten. Die Kur ist unter Garantie der Gesundheit vollständig unschädlich.

Billigste und beste Bezugsquelle für
Tuche und Buckskins
 Special-Geschäft. Größtes Lager am Platze.

Tuchhandlung

Engros u. endetail

von

Hillje & Köhne

Oldenburg i. Gr.
 Langestr. 23.

empfehlen: Tuche, Buckskin, Kammgarn und Paletotstoffe
 von den billigsten bis zu den feinsten Qualitäten
 zu äusserst niedrig gestellten Preisen.
 Mustersendungen nach Auswärts franco!



Gründlichen **Clavierunterricht**
 erteilt billigt **E. Paulus, Musiklehrer.**

Die
„Neue Zeitung“ erscheint
wöchentlich 3 mal, Dienst-
tags, Donnerstags und
Sonnabends.

Neue Zeitung

Vierteljährlicher
Abonnementspreis 1,20
Mark, resp. 1,50 Mark
Inseratenpreis für die
dreispaltige Zeile
15 Pfg.

für das Großherzogthum Oldenburg.

Sonntag, den 16. Februar 1890.

Wählerversammlung

der deutsch-freisinnigen Partei des I. oldenburgischen
Wahlkreises im Saale des Hrn. Doodt (Graue Hof),
zu Oldenburg, am Mittwoch, den 12. Februar,
Abends 8 Uhr.

(Stenographische Niederschrift).

Vorsitzender Bankdirektor **Propping**: Meine Herren! Der Vorstand des deutsch-freisinnigen Wahlvereins hat sich erlaubt, Sie auf heute zu dieser Versammlung hier einzuladen, um Ihnen unseren Kandidaten, Herrn Hugo Pinze aus Berlin, vorzustellen, der das Vergnügen haben wird, Ihnen heute Abend sein Programm zu entwickeln. Wir haben geglaubt, diese Versammlung zu einer öffentlichen machen zu sollen, also auch den Mitgliedern gegnerischer Parteien den Zutritt zu gestatten in dem Vertrauen, daß Sie alle, m. H., jeder das Seine dazu beitragen wird, daß diese Versammlung einen geordneten und sachgemäßen Verlauf nimmt. Ich bemerke von vornherein, daß nach der Rede des Herrn Kandidaten Jedem, der es wünscht, das Wort gegeben werden soll, nicht allein zu Anfragen, sondern auch zu kritischen Bemerkungen, und daß eine Diskussion stattfinden soll, soweit die vorhandene Zeit es gestattet und soweit diese Diskussion eine geordnete und sachliche bleibt. (Bravo!) Somit gebe ich Herrn Pinze das Wort.

Reichstagskandidat **Pinze** (mit großem Beifall empfangen): Ich danke Ihnen herzlich für den freundlichen Empfang, den ich wohl darauf zurückführen kann, daß Sie mich, wenigstens ein Theil von Ihnen, vor einiger Zeit beim nordwestdeutschen freisinnigen Parteitag von derselben Stelle aus kennen gelernt haben. Ob ich dann weiter Dank verdiene, m. H., werden Sie beurtheilen können, wenn Sie die Worte, die ich zu Ihnen sprechen werde, gehört haben, vielleicht auch noch in einer späteren Wirksamkeit, die ich in Ihrem Auftrag hoffe ausüben zu können.

M. H.! In Nürnberg im alten Rathhaus steht vor einer Thür, durch welche der Rath kam, um seine Sitzungen öffentlich abzuhalten, ein Sinnpruch mit folgenden Worten: „Eines Mannes Rede ist keine Rede, man soll sie billig hören alle beede.“ Und danach ist im alten Recht verfahren worden. Und auch Sie sind berufen, in einer Art Gericht, in einer Volksversammlung hier beide Theile zu hören, die um das Mandat ringen. Es hat, wenn ich nicht irre, gestern der Kandidat der nationalliberalen Partei hier gesprochen und ich habe das Glück, jetzt schon den stenographischen Bericht über das, was er gesprochen hat, zur Hand zu haben. Ein Theil von Ihnen, m. H., wird gehört haben oder kann sich dann informieren durch den stenographischen Bericht über das, was der Herr Kandidat der nationalliberalen Partei gesprochen hat. Gestatten Sie mir, in dieser von dem freisinnigen Verein berufenen Versammlung von unserem freisinnigen Standpunkt aus das zu beleuchten, was der Herr Kandidat der nationalliberalen Partei hier gesagt hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß ich nicht den ganzen Vortrag kritisieren werde, sondern daß ich mich darauf beschränken werde, bloß die markantesten und wesentlichsten Stellen zu beleuchten. Dieser stenographische Bericht ist gegeben in den „Nachr. f. Stadt u. Land“, also ganz gewiß im Sinne der Herren, welche gestern die Versammlung einberufen und durchgeführt haben. Ich werde dabei zu gleicher Zeit Gelegenheit haben, an der einen und der andern Stelle das Gegenfällige meiner persönlichen Stellung, unserer Parteistellung klarzulegen. Dabei werde ich auch auf einzelne Programmpunkte der deutsch-freisinnigen Partei kommen; daß ich sämtliche Programmpunkte vor Ihnen hier durchgehen soll, das halte ich bei dem hohen Grade von politischer Bildung, wie er in dem liberalen Oldenburg vorhanden ist, nicht für nothwendig. Ich werde mir also die Erlaubniß erbitten, einige dieser Programmpunkte auslassen zu dürfen, die weniger wesentlich und weniger wichtig erscheinen. Ich bin aber bereit, auf Anfragen über jeden Punkt meine Meinung zu sagen.

M. H.! Es ist von dem Herrn Kandidaten der nationalliberalen Partei gestern gesagt worden, wir

machten dieser Partei drei Vorwürfe. Erstens redeten wir von der Erhöhung der Getreidezölle, welche wir der nationalliberalen Partei in die Schuhe schoben. Darüber war der Herr Kandidat der Nationalliberalen sehr wenig erbaut und hielt uns vor, daß wir doch eine an Gründen arme Partei sein müßten, wenn wir mit derartigen Dingen wie die Getreidezölle sind, seine Kandidatur bekämpften. M. H.! Es ist Niemandem von uns eingefallen, auch nicht in dem Wahlauftruf der deutsch-freisinnigen Partei, auf welchen er sich beruft, die nationalliberale Partei direkt verantwortlich zu machen für die Bewilligung der letzten Getreidezölle, sondern das ist nur geschehen und hat nur geschehen können in indirekter Art und Weise; wenn hier der Herr Kandidat der nationalliberalen Partei sagt: „Gegen die Getreidezölle hat nicht nur ein Theil der nationalliberalen Partei gestimmt, wie es in jenem Auftruf heißt, sondern die sehr große Mehrheit“, so möchte ich den Auftruf der deutsch-freisinnigen Partei auch in die Hand nehmen und nachsehen, ob das wirklich darin steht. Ich weiß aber nicht, ist damit gemeint ein spezieller Wahlauftruf des hiesigen Kreises oder der Auftruf der allgemeinen Partei. (Des hiesigen Kreises!) Dann da ich denselben nicht kenne, kann ich mich ja berufen, als Gegensatz zu dem, was gesagt worden ist, auf den allgemeinen Wahlauftruf der deutsch-freisinnigen Partei, der am 1. Febr. verkündigt worden ist. Es ist vollständig richtig, daß nur ein Theil der Nationalliberalen im letzten Reichstage gegen die Getreidezölle gestimmt hat und daß ein anderer Theil dafür gestimmt hat und zwar ist das Verhältnis folgendes: Es haben, um ganz klar die Dinge zu nennen wie sie sind, gegen die Erhöhung der Getreidezölle gestimmt — und unter ihnen Herr Prof. Emmeccerus, der Kandidat der Gegenpartei — 69, und dafür 22 Nationalliberale. Das halte ich für nothwendig zu sagen, damit nicht auf uns der Vorwurf lasten bleibt, wir hätten irgend welche Thatfachen verborgen oder in falschem Lichte erscheinen lassen. Aber trotzdem nur ein Drittel der jetzigen nationalliberalen Parteivertretung, wie sie gewesen ist, für die exorbitante Erhöhung der Getreidezölle gestimmt hat, welche ja bis auf 5 Mark gestiegen sind, so sind die Nationalliberalen als ganze Masse nicht freizusprechen überhaupt von der Schaffung der Getreidezölle; denn beim Anfang derselben, wie noch eine kleine Recognitiongebühr erhoben wurde, durch welche die Getreidezölle eingeführt wurden, da sind es gerade die hauptsächlichsten Führer der nationalliberalen Partei gewesen, welche diesen Weg geebnet haben. Dieselben haben aber dann nicht die Kraft gehabt, bei der immerfort aufsteigenden Linie, in welcher sich die Getreidezölle bewegt haben, den agrarischen Gelüsten Halt zu gebieten und ebensowenig wird die nationalliberale Partei es im Stande sein, wenn sie auch in den nächsten Reichstag in derselben Stärke wiederkommen sollte, die sie jetzt hat. Denn abgeschlossen ist bei dem agrarischen Begehren die Steigerung der Getreidezölle noch lange nicht. Was uns prognostiziert ist von dem Grafen Kanitz, einer der Hauptagrarien im preussischen Landtag, und noch aus mehreren landwirtschaftlichen Vereinen im Osten der Monarchie, deutet darauf hin, daß, wenn die Konservativen zu noch stärkerer Macht kommen, noch höhere Getreidezölle werden auferlegt werden. Und wer ist es, der den Konservativen zur Durchbringung ihrer Kandidaten für diese Wahl sich bereit erklärt hat? Die Herren Nationalliberalen sind es, welche mit den Konservativen ein gegenseitiges Kartell zur Indiegäheshiebung der Stimmzahlen abgeschlossen haben. Wenn die Wahl kommt, werden die Nationalliberalen, die Kartellliberalen, wie man sagen müßte, die schwerste Verantwortlichkeit auf sich nehmen und vor dem Volk zu rechtfertigen sich gezwungen sehen. (Bravo!) Ich habe dann, um zu dem Unterschied zu kommen, in welchem der Kandidat der Nationalliberalen und ich stehen, vergeblich nachgesehen, wie sich Herr Prof. Emmeccerus, wenn er gewählt wird, für die nächste, fünfjährige Gesetzesperiode, zu den Getreidezöllen stellen wird. Ich habe wohl gesehen und weiß, daß er gegen dieselben gestimmt hat, er hat aber nicht mit einem Wort davon gesprochen, wie er sich den Anträgen gegenüberstellt, die von uns eingebracht worden sind, und von uns wiederholt

werden zur Verminderung und Aufhebung der Getreidezölle; darauf kommt es an. Wenn man heute vor den Wählern von den Getreidezöllen spricht, so muß man nicht sagen: In der Vergangenheit habe ich das und das gethan, sondern man muß einfach erklären: In der Zukunft werde ich nicht nur gegen die Getreidezölle stimmen, wenn eine Erhöhung beantragt wird, sondern ich werde auch denjenigen Bemühungen beitreten und dieselben kräftig unterstützen, die darauf abzielen, die Getreidezölle abzuschwächen und dann ganz abzuschaffen. (Bravo!) Und auf diesem Standpunkt steht die ganze freisinnige Partei und stehe auch ich. Das ist der Unterschied zwischen dem Kandidaten der nationalliberalen und der deutsch-freisinnigen Partei. Und als letzterer erkläre ich hiermit, daß ich mitwirken werde bei der Gesetzgebung, die in die Wege geleitet werden wird von unserer Partei und die dahin abzielt, nicht auf einmal die Getreidezölle abzuschaffen, welche langsam in die Höhe gewachsen sind — weil dadurch eine zu starke Erschütterung des ganzen landwirtschaftlichen Gewerbes und auch des Handels stattfinden würde — sondern alle die Zölle, welche auf unentbehrliche Lebensmittel gelegt worden sind, nach und nach wieder herunterzubringen und aufzuheben, damit wir durch Handelsverträge mit anderen Nationen auf Wege kommen, welche die freie Bewegung für den Austausch der Produkte zwischen den Völkern wiederherstellen und hierdurch auch unseren Produkten eine gute Verwerthung im Ausland ermöglichen. Das ist mein Programm. (Bravo!) Das ist die „Armseligkeit der Gründe“, die uns gestern vorgeworfen ist! (Heiterkeit.) Es ist sogar hier gesagt worden, diese ganzen Deduktionen gegen die Nationalliberalen in Bezug auf die Getreidezölle seien hohl und unwahr. M. H.! Derartige Angriffe gestatte ich mir nicht auf die mir so scharf entgegenstehende Partei, weil ich das für über das Maß des Sachlichen hinübergehend halte und weil ich mich verpflichtet fühle, rein sachlich zu sprechen und alles fern zu halten, was zur Erbitterung der Parteien beitragen könnte. Wir haben genug gelitten unter den Erbitterungen, welche vor 3 Jahren in den Wahlkampf hineingeworfen worden sind, und ich für meine Person verweigere jede Mitwirkung an irgend einer Handlung, einem Wort, welches zu ähnlichen, wenn auch abgeminderten Ausschreitungen Veranlassung geben könnte, wie sie vor 3 Jahren zwischen den Parteien stattgefunden haben und die besonders in Oldenburg so überaus trübe Folgen gehabt haben, weil da die drastischsten Mittel angewandt wurden, die angewandt werden konnten, von Seiten der damaligen Nationalliberalen. (Sehr richtig!)

Ich komme dann des Weiteren auf die Reform der Branntweinsteuer, mit welcher sich der Hr. Kandidat der Nationalliberalen schon vor 3 Monaten bei seiner Berichtserstattung und auch gestern wieder eingehend beschäftigt hat. Derselbe sagt, es sei nicht richtig, wenn wir immerfort behaupteten, es würde den Brennern, welche den kontingentirten Branntwein, 2 Mill. Hektoliter, brennen können, ein Geschenk von 40 Mill. M. gegeben. Die Preisverhältnisse sind allerdings von Herrn Prof. G. berechnet worden, wie sie sich für Oldenburg gestalten haben. Aber diese Oldenb. Preise sind nicht maßgebend für das ganze deutsche Reich, und wenn er ausgerechnet hat, daß nicht 40 Mill., sondern 5 1/2 Mill. höchstens herauskommen, so werde ich mich in Bezug auf die Zahlen nicht streiten. Ich meine, die eine Zahl ist etwas zu hoch und die andere viel zu niedrig gesagt. Ich halte es überhaupt nicht für angezeigt und gut, in öffentl. Versammlungen zu viel mit Rechenempeln zu arbeiten (Bravo!) Ich kann aber ein anderes Zeugniß anführen, daß kein Nationalliberaler als unständig verwerfen wird, das Zeugniß eines der hervorragendsten Agrarien, die wir im Reichstage haben. Es ist einer von denjenigen Herren, die unter den kontingentirten Brennern sich befinden und der von konservativer Seite als Autorität in diesen wirtschaftlichen Dingen betrachtet wird; Hr. von Wedell-Walchow ist es, der selbst gesagt hat: Es ist allerdings richtig, wir haben ein kleines Geschenk bekommen, eine fog. Liebesgabe, aber dieselbe ist unter allen Umständen nothwendig, um überhaupt das Brennereigewerbe aufrecht zu erhalten. Darüber läßt sich streiten, es geht auch noch ohne diese Liebesgabe. (Heiterkeit.) Fest steht aber, daß selbst

diese Herren nunmehr anerkennen, wir heimten eine Liebesgabe ein, und das ist für uns genügend. Dies ist ein klassisches Zeugniß aus der Reihe derjenigen Herren, welche eine solche Liebesgabe einnehmen. Von wem nehmen sie dieselbe ein? Nicht etwa vom Staat; höchstens insofern, als sie vom Staat durch die Gesetzgebung einen Steuererlaß von 20 M. pro Hektoliter bekommen haben. Wer bezahlt aber das Geld? Derjenige, der diesen außerordentlich vertheuerten Branntwein zu trinken genöthigt ist und das ist in der großen Mehrzahl die arbeitende Klasse, welche ihre Arbeit verrichtet in Fabriken, Werkstätten und in der freien Natur; die haben den Branntwein nothwendig zur Erhaltung und Erfrischung ihrer Kräfte, den mäßigen Genuß von Branntwein. Und diese Leute, die mit ihrer Hände Arbeit sich ihr Brod verdienen, sind sämmtlich wirtschaftlich nicht so gestellt, daß sie Geschenke geben können (Sehr richtig! Bravo!) Sie können schenken wohl an ihresgleichen, sie werden mit herzlicher Freude ihren Kindern und Angehörigen etwas schenken von dem, was sie sich erübrigen können, sie fühlen aber nicht die Verpflichtung und nicht einmal das Bedürfnis denjenigen auch auf indirektem Wege etwas zu schenken, die wirtschaftlich viel, viel besser gestellt sind wie sie selbst. Das ist die umgekehrte Welt. Der Arme giebt dem Reichen. (Bravo!) Nun sagt der Hr. Kandidat der natlib. Partei: „Nun kommt andererseits der hohe sittliche und volkswirtschaftliche Werth in Betracht, den die Beschränkung des Branntweinkonsums unbestrittenermaßen ausübt“. Ja, m. H., gewiß ist ein kleiner Rückgang im Konsum eingetreten und ich bin gewiß der letzte, der nicht mit Freuden dafür arbeiten würde, einem unumgänglichen Gebrauch von Branntwein entgegenzutreten, gerade so, wie ich es für äußerst verwerflich halte, wenn in anderen Spirituosen soviel gesündigt wird, daß da Häufchen eintreten und andere unbequeme Erscheinungen zu Tage kommen (Bravo, Heiterkeit.) Das ist nach meiner Meinung ganz gleich: die Bestrebungen gegen die Trunksucht, möge sie vorkommen in den niederen oder den sog. höheren Ständen, werde ich auf das allerwärmste unterstützen; ich will aber nicht, weil ich auch hier Gleichheit haben will wie überall, daß das nothwendige Ergänzungsmittel, welches der Arbeiter für sich bedarf, wenn er frisch bei der Arbeit sein soll, unnötig vertheuert wird. Was sollte denn nach der Meinung der natlib. Partei hauptsächlich bewirken, daß der Branntwein derartige traurige Folgen des Nichtnüchternseins, will ich einmal sagen, hat? Da hat mit großem Pomp und vielen Worten der Reichstagsabg. Miquel in das Gesetz einen Paragraphen gebracht, welchen er den Reinigungsparagraphen nannte, weil er eine Reinigung des Branntweins von denjenigen Substanzen vorschrieb, welche dazu beitragen, den Kopf zu verwirren; und das nannte er eine ethische Aufgabe, die erfüllt werden müsse und auf die jeder Deutsche stolz sein werde. Eine Veredelung des Volkes sollte beinahe erzielt werden. Nun die Veredelung des Branntweins wäre gut, die Reinigung von Fuselöl ebenso. Wir praktischen Deutschfreisinnigen sagten aber von vornherein: Geben Sie sich keine Mühe, die Wissenschaft ist noch nicht so weit, die Reinigung vornehmen zu können; wir sind noch nicht klar über die Substanzen, welche den Hauch erzeugen, und solange wir nicht im Stande sind das zu sagen, solange müßt der Paragraph nicht, sondern beschwert das Gesetz nur mit einem Ding, das unausführbar ist. Wie sind wir da verläßt worden, wie hat man uns da vorgeworfen, wir hätten kein Verständnis für die höheren Ziele, für welche die natlib. Partei damals arbeitete. Nun, wie kam's? Den Herren von dem Reinigungsparagraphen ist das Unglück passiert, daß der Bundesrath erklärte: Wir sind nicht in der Lage, das anzunehmen, weil wir nicht wissen, wie das gemacht werden soll. Im vorigen Jahre wurde nun der Paragraph wieder herausgestrichen. Mit der Ethik war es also nichts (Heiterkeit.)

Nun kommt weiter der natlib. Kandidat auf das, was die natlib. Partei will, und da befinde ich mich in der glücklichen Lage, mit ihm zusammenarbeiten zu können. Darüber sind beide Parteien vollständig einig, daß wir ein anderes Steuersystem haben wollen, ein gerechteres Steuersystem, welches auf die Reicheren, materiell Mächtigeren, Steuer kräftigeren, auch ein größeres Kontingent von Steuern legt und die Armeren entlastet. Auch von den indirekten Steuern, obgleich dieselben, wie Bismarck sagt, diejenigen sind, die am wenigsten gefühlt werden, weil sie nicht in baarem Gelde erlegt werden. Das ist ganz gleich, ob eine Familie aus 5 Köpfen durch Zölle, welche auf dem Brode liegen, jährlich 50 M. nach und nach pfennigweise bezahlt, die dem Bäcker gegeben werden müssen, der das Geld dann wieder dem Getreidehändler giebt und dieser wieder an den Gutsbesitzer, ob also das Geld tagtäglich für die Ernährung ausgegeben werden muß oder in anderer Form, das ist gleichgültig — Geld ist Geld; die 50 Mark, die nothwendig sind, um die erhöhten Getreidezölle zu zahlen, müssen doch aus der Tasche dessen heraus, der die Verpflichtung der Ernährung seiner Familie hat und mit derselben ernst vorgeht. (Auf: Es sind 100 M!) Es können auch 100 M. sein, je nachdem die Einrichtung der Wirtschaft und des Haushalts ist (Heiterkeit.)

Nun werde ich weiter gehen, um nicht allzulange bei diesem Punkte zu verweilen. Es wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir ja auch alle die Ausgaben bewilligt haben, für welche diese Steuern verwertet werden und dabei kommt, wie ganz natürlich ist, der natlib. Kandidat auf das Heerwesen zu sprechen. M. H.! Das ist ein Gebiet, auf welchem ich mich besonders zu Hause weiß und speziell auch in Bezug auf das Septennatgesetz, welches auch hier gestern noch einmal vorgeführt worden ist. Es ist da gesagt worden: „Man kann ja vielleicht von einer ferneren Zukunft etwas anders hoffen oder träumen, man mag glauben, daß die menschliche Entwicklung — und wir wollen uns diesem Glauben nicht widersetzen — im Laufe der Jahrhunderte oder Jahrtausende zu einer Zeit ewigen Friedens sich herabilden kann, aber wir haben mit den heutigen Zuständen zu rechnen, und heutzutage ist die Armee die Grundlage, welche unser gesamtes nationales Leben, welche die gesammte politische und bürgerliche Freiheit und welche alle Schöpfungen der Kultur sichert.“

Nein, m. H., das deutsche Reich ist nicht aufgebaut auf der Grundlage der Armee. Das ist nach meiner Meinung eine unrichtige Auffassung. Die Armee ist dazu da, das Volk und das ganze Vaterland zu schützen gegen Angriffe von außen, aber das was wir errungen haben in der Kultur, das was wir freiheitlich errungen haben in politischer Beziehung — dafür ist die Armee nicht da, wir sind es selbst, die wir verpflichtet sind zu schützen, was wir ererbt haben von den Vätern; dazu sind die Bajonette nicht nothwendig (Bravo!) Sie sind nothwendig zum Schutz gegen äußere Feinde. Nun kommt der Hr. Kandidat der natlib. Partei auch auf das Septennatgesetz zu reden. Er sagt, es würde unrichtig gewesen sein, die Friedenspräsenzstärke auf eine zu kurze Zeit festzustellen; dann heißt es wie folgt: „Dieses sog. Septennat hat sich bis jetzt 3 Mal wiederholt und es ist namentlich bei der letzten Abstimmung von hohem Werth gewesen. Denn wie Sie wissen, war es sehr werthvoll, daß auch nach außen die Feststellung der Armeestärke nicht als auf momentanem Impuls beruhend, sondern als dauernde feste Institution zu erkennen gegeben wurde.“ Dann sagt er an einer andern Stelle, die ich gleich hier einfügen will: „Es war nicht die vorübergehende Gefahr eines sofortigen Krieges; gegen einen solchen brauchte man das Septennat überhaupt gar nicht, sondern die dauernde Gefahr, die Lage des deutschen Reiches zwischen den beiden größten Militärmächten, von Deutschland abgesehen, von denen mindestens die eine jeden Augenblick bereit ist, mit der anderen ein dauerndes Bündniß gegen uns einzugehen.“ Das ist ein Widerspruch in sich selbst. Und ich will weiter erweisen, wie wenig das Septennatgesetz gewirkt hat, was es wirken sollte. Es sollte nach außen den Eindruck einer so festen Konstitution im Heere machen, daß wir von den beiden Seiten, die wir zu fürchten hatten, nicht angegriffen würden. Es ward von allen Autoritäten im Reichstag, von den militärischen Autoritäten, die als Zeugen herbeigerufen wurden, auch erklärt, wozu das Septennatgesetz da sei. Es wurde da gesagt: Sowie wir das Gesetz haben in der dauernden Form von 7 Jahren, so sind wir so gerüstet, daß wir für den Frieden eintreten und unsere Machtstellung wird eine so bedeutende sein, daß wir im Stande sind, die Angriffe von rechts und links abzuwehren. Das war der eigentliche Sinn des Septennatgesetzes. Außerdem wurde gesagt, müssen die inneren Organisationen der Armee auf einen langjährigen festen Boden gestellt werden, damit ruhig gearbeitet werden kann und mit festen Etatszahlen. Was ist nun diesen Anschauungen in Wirklichkeit gefolgt? Im März 1887 ist das Septennatgesetz bewilligt worden und im November desselben Jahres ist unter Anführung derselben Gründe, daß es nöthig sei, die Wehrkraft zu stärken, um nach außen Stand halten zu können, das bekannte Wehrpflichtgesetz eingebracht worden, welches uns 1 1/2 Mill. Menschen länger in der Wehrpflicht erhielt, ausgebildete und unausgebildete Wehrpflichtige. Das ist das Gesetz, welches herbeiführt die Landwehr 2. Aufgebots und welches die Landsturmpflicht verlängert bis zum 43. Jahre. Dieses Gesetz, durch welches wir mit einem Schlage unsere Wehrkraft vermehrten, indem wir 12 Jahrgänge und dann noch 3 hinzusetzten als Wehrpflichtige, das ist so imposant in der Kraftentfaltung und Vermehrung der Wehrpflichtigen, daß wir sagten: Wenn die europäische Lage wirklich so gefährlich ist wie versichert wird, so sind wir bereit, alles zu bewilligen, auch die 100 und mehr Millionen, welche nöthig sind für die Ausrüstung und Bekleidung der neuen Jahrgänge. (Rufe.)

Das haben wir sofort gethan und dafür ist uns auch der Dank des ersten Kaisers, der leider heimgegangen ist in demselben Jahre, wo das Gesetz beraten wurde, zu Theil geworden. Nun hatte es sich doch gezeigt, daß das Septennatgesetz nicht das gewirkt hat, das zu erfüllen, was von ihm vorausgesetzt wurde, und unter dessen Parole die Wahl von 1887 stattgefunden hat. (Wichtig!) Aber nicht bloß dieses eine Gesetz ist es gewesen, denn kaum ein Jahr später erfolgte die Reorganisation der Artillerie durch Vermehrung und Verschiebung, die nur dadurch möglich geworden waren, daß die Etats-Truppentheile der Infanterie verringert

wurden, und von dem als heilig hingestellten Grundsatz: „Der Etat der einzelnen Truppentheile muß unter allen Umständen festgehalten werden, und zwar 7 Jahre lang“, von diesem Grundsatz wurde Abstand genommen. Es waren erst 1 1/2 Jahre vergangen, da erwies es sich schon als unmöglich, am Gesetze festzuhalten, um die Wehrkraft richtig konstruieren zu können. In der letzten Session des Reichstages endlich ist noch ein Gesetz gekommen, wiederum Änderungen in der Organisation der Armee, welche mit der Anschaffung von 2 Armeecorps zusammenhängen, die auch wieder nur möglich sind unter Verschiebungen des Etats von allerdings theilweise schon vorhandenen Infanterie-Truppenkörpern. Innerhalb dieser 3 Jahre die dem Septennat-Gesetz gefolgt sind, sind also 3 Gesetze geschaffen worden, welche alle erwiesen haben, daß das Septennatgesetz unter falscher Firma eingeführt worden ist und daß wir unter falscher Firma im Jahre 1887 zur Wahl geführt worden sind. (Lebhaftes Bravo.) Ja, wir wollen 3jährige Bewilligung haben und ich für meine Person stehe auf dem Standpunkte, daß ich sage, auch sie hat keinen Sinn: Entweder die einjährige Bewilligung wie bei der Marine, daß wir jedes Jahr durch das Etatsgesetz feststellen, wie hoch die Friedensstärke sein soll, oder aber wir schaffen ein Gesetz, in welchem einfach gesagt wird „die Friedensstärke beträgt so und soviel Mann“ und behalten uns vor, Anträge einzubringen, wenn die Zeiten sich derartig geändert haben, daß wir glauben, eine Änderung bewerkstelligen zu können. Ich bin aber dafür, daß wir Alles, was wirklich wehrfähig und wehrpflichtig ist, einstellen, dafür aber bloß eine so kurze Zeitdauer, wie unbedingt nothwendig ist zur Ausbildung eines kriegsfertigen Soldaten. Ich will also — und das will die ganze deutschfreisinnige Partei, — daß wir für die Infanterie-Truppenkörper, wo die Dienstzeit ja jetzt auf 3 Jahre festgesetzt ist, eine zweijährige Dienstzeit haben und wenn die militärischen Autoritäten uns entgegengehalten werden, welche sagen: es ist nicht möglich, innerhalb 2 Jahren einen kriegstüchtigen Soldaten zu schaffen, so sage ich dem entgegen: „Sowohl körperlich wie geistig ist das deutsche Volk so stark und kräftig ausgebildet in seinen wehrfähigen und wehrpflichtigen Männern, daß es möglich ist innerhalb 2 Jahre die Kriegstüchtigkeit zu erreichen, und ich berufe mich dabei auf jeden Einzelnen von Ihnen, die Sie schon gebient haben und von der Veränderung des Gesetzes keinen Vortheil haben können, also vollständig objektiv sind. Ist es möglich, daß der Fußsoldat in 2 Jahren kriegstüchtig ausgebildet wird? Ich bin überzeugt das Alle Ja sagen werden (Lebhaftes Bravo! Jawohl!) Also Autorität gegen Autorität! (Heiterkeit.)

Der Kandidat der nationalliberalen Partei schilt uns, daß wir damals gesagt haben, die Septennatwahl sei ein Lustprodukt gewesen, als wenn der Deutsche Angst gehabt habe vor einem Kriege. Nun erinnern Sie sich aber, wie die Situation thatsächlich war, und was für eine Kriegsfurcht erregt war. Nie in meinem Leben habe ich mich gedrückter gefühlt als zu dieser Zeit, als von den Kartellparteien immer in die Deffentlichkeit hineingeschrien wurde: „Um Gotteswillen nehmt das Septennatgesetz an, wenn das nicht angenommen wird, wird Krieg.“ Ist das nicht ein Zeugniß nach außen, daß wir Furcht haben? Anders läßt es sich nicht erklären. Es wirkte aber nicht nur nach innen, wo es wirken sollte, sondern es ist auch nach außen gehört worden und wenn das Ausland sagt: „Seht, die machen aus Furcht ein Gesetz, das sind die Helden von 1870/71,“ so habe ich ein Recht zu sagen, das ist ein beschämendes Geschrei gewesen, lediglich zu Wahlzwecken, welches unsern Muth und unsere Tapferkeit nach außen hin kompromittirt hat. (Bravo.) Nun wird aber dies Kriegsgespenst wieder hervorgeholt oder wenigstens daran erinnert. Auch der Kandidat der nat. lib. Partei hat das gethan, indem er sagte: „Ueberhaupt haben wir erst nachträglich erfahren, daß damals wirklich die Gefahr eines plötzlichen Krieges vorhanden war,“ das heißt also bei Verathung des Septennatgesetzes und bei der Wahl, die derselben vorherging, also in den Monaten Dezember 86, Januar und Februar 87, dann sagt er: Erst durch den Boulanger-Prozess ist es klar geworden, daß in seiner Zeit die Mobilmachung im französischen Ministerrath beantragt und nur mit einer Stimme Majorität abgelehnt wurde.“ Hört, hört, ich gestern die Versammlung da gesehen. Nun will ich doch historisch die Sache richtig stellen. Der frühere Abgeordnete Ihres Wahlkreises hat sich da geirrt, und vielleicht auf die Autorität eines Namens hin, welcher bei der natlib. Partei anerkanntermaßen mit ein Führer ist. Er hat dasselbe gesagt was bei einer großen Versammlung in Kaiserslautern der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Miquel gesagt hat. Dieser hat sich auch darauf berufen, daß damals der Ministerrath in Frankreich gesagt habe und nur mit einer Stimme sei der Ausbruch des Krieges verhindert worden. Zunächst irren sich die Herren in der Zeit, denn in Bezug auf die Abkündigung eines Ultimatums hat eine Verhandlung im französischen Ministerrath stattgefunden im April 1887, also nachdem das Septennatgesetz schon einen Monat perfekt war. Die Wirkung des Gesetzes hätte also da

sein müssen. (Heiterkeit.) Nun war der Verlauf des Ministerraths, wie aus authentischer Quelle ersichtlich ist, folgender: Boulanger, der ja eine persönliche Politik trieb, nicht eine Politik für das Volk, sondern nur für die Hebung seiner Stellung im Staatswesen, der glaubte den bekannten Schnäbele-Fall, also die Verfassung des französischen Polizei-Offizianten an der Grenze benutzen zu können, um einen Krieg mit Deutschland zu provozieren. Er beantragte die Abschickung eines Ultimatus im April, er blieb aber bei der Abstimmung allein. Einstimmig ist allerdings etwas vorgekommen, bei dieser Abstimmung, aber es war der Antrag einer einzigen Stimme im ganzen Ministerrath, das Ultimatum abzuschicken. Nicht mit einer Stimme Majorität ist der Antrag abgelehnt worden, sondern nur eine einzige Stimme ist für denselben gewesen, diejenige Boulangers, welcher den Antrag eingebracht hatte. Das sind historisch feststehende Thatsachen, die bis jetzt nicht widerlegt sind und nicht widerlegbar sind. Und mit dieser Wiederherbeziehung des Kriegsgespenskes scheint man auch heute noch ein Geschäft machen zu wollen. Nein, das deutsche Volk ist sich klar darüber geworden, daß man durch den Gespensterputz, den man im Jahre 1887 ihm vorgegaukelt hat, heute nicht eine einzige Wahlstimme mehr erhalten kann. (Bravo!) Nun komme ich zu den Marineangelegenheiten, die auch des Rängern erörtert worden sind von dem nat.-lib. Gegenkandidaten. Er sagt selbst, daß er sehr für Sparsamkeit ist, daß er mitgewirkt hat bei den Abstrichen von 9 Millionen, die gemacht worden sind, und daß er nur so weit gehen will, um die Marine auszubilden oder zu kräftigen bis zu einer Marine zweiten Ranges. Damit sind wir einverstanden. Was wir Deutschfreisinnigen betont haben und betont werden ist das, daß das Tempo, welches jetzt eingeschlagen worden ist seit vorigem Jahre in der Umwandlung der Marine, von uns nicht durchzuführen ist weder in Bezug auf die finanziellen Kräfte, noch daß wir glauben, daß es richtig ist, so rasch eine große Menge neuer und schwerer Schiffe zu bauen, da wir noch nicht genügende Erfahrung besitzen in dem Wandel der Dinge, die jetzt in der Schiffsbautechnik vor sich gehen, daß wir zu einem langsameren Tempo rathen, besonders da vor 2 Jahren uns gesagt worden ist, wir werden ausreichen mit 8 Millionen, welches Maß an Geld jetzt bedeutend überschritten worden ist, und jetzt sollen wir viel rascher und waghalsiger im Bau von Schiffen vorgehen. Das machen wir nicht mit, können auch nicht verantworten, daß jetzt ein Schiff gebaut werden soll für 4½ Millionen, welches vorzugsweise persönlichen Zwecken, S. M. des Kaisers, dienen soll. Es ist da auch hier von Seiten des nat.-lib. Gegenkandidaten der Vergleich gebraucht worden, der zum Vater einen freiconservativen Abgeordneten im Reichstage hatte, welcher sagte: „Ein schnelles Schiff ist für den Kaiser genau so nothwendig, wenn er die Flotte inspizieren will, wie ein gutes Pferd, wenn er ins Manöver reitet.“ Das ist denn doch ein gewaltiger Unterschied, m. H., denn der Marstall wird bezahlt aus den Geldern, die der preussische Staat dem Könige zur Repräsentation bewilligt, während das Schiff von Seiten des Reiches gestellt werden soll. Ja, 4½ Millionen zu dem Zwecke, S. M. den Kaiser und das ganze militärische Gefolge aufzunehmen, wenn er nicht bloß die Flotte inspizieren, sondern auch Reisen machen will, dazu haben wir im Augenblick das Geld nicht. (Sehr richtig.) Wir wünschen diese Forderung zurückgestellt zu sehen und wenn S. M. die Flotte besichtigt so wird niemand etwas dagegen haben wenn ein schnellerer Aviso gebaut wird, aber daß derselbe ausgestattet werden soll zu einem so außerordentlichen Schiffe, mit Landgefolge darauf, dazu fehlt uns das Verständniß. Dazu wollen wir die 4½ Millionen nicht bewilligen und glauben das vor dem Volke ganz gut rechtfertigen zu können. Ich glaube zu fühlen, daß wir dabei einen großen Theil des Volkes hinter uns haben und daß auch Sie sagen werden: Dazu haben wir das Geld nicht. (Lebhaftes Bravo.)

Nun komme ich zu einem andern Theil der gestrigen Rede, das ist zu dem Sozialistengesetz. Sie wissen, daß das Sozialistengesetz nicht bewilligt worden ist, aber aus den verschiedensten Gründen nicht. Es ist nicht bewilligt worden zunächst von den Nationalliberalen, weil dieselben die Ausweisungsbefugniß heraus haben wollten und die Regierung damit nicht einverstanden war; es ist nicht bewilligt worden von den Konservativen, weil die Abschwächungen, welche die Nationalliberalen vorgenommen hatten, zu starke waren und die konservativen Parteien sagten: Mit einem abgeschwächten Gesetze können wir nichts machen, sondern das Gesetz ist, wie es ist, aufrecht zu erhalten oder es muß noch strenger gestaltet werden. Endlich ist es von uns abgelehnt worden, weil wir sagten, wir wollen überhaupt kein Sozialistengesetz mehr, auch kein abgeschwächtes und vor allen Dingen kein dauerndes, sondern wollen das Gesetz ganz von der Erde verschwinden lassen. (Sehr richtig!)

Der Vorsitzende bittet, besonders in der Nähe der Thür sich ruhiger zu verhalten. Auch der Redner ersucht, ihm durch Störungen das Sprechen nicht zu erschweren.

Redner (fortfahrend): Ich komme auf das Sozialistengesetz zurück. Die Nationalliberalen wollen ein abgeschwächtes Gesetz auf die Dauer haben. Sie sagten, daß dadurch, daß ein Gesetz dauernd gemacht und nicht alle zwei Jahre durchberathen wird, der Charakter eines Ausnahmegesetzes außerordentlich gemildert, wenn nicht gar verwiesen wird, dieses ist aber vollständig falsch. Ein Ausnahmegesetz, so wie es das Sozialistengesetz auch in der abgeschwächten Form ist, bleibt es auch, und ein solches Gesetz verträgt sich nicht mit unseren liberalen Anschauungen.

Das Ausnahmegesetz verliert dadurch seinen Ausnahmecharakter nicht, wenn es dauernd gemacht wird. Es widerstreitet vor allen Dingen dem liberalen Grundsatz: Gleiches Recht jedem Staatsbürger, und deswegen wollen wir unter allen Umständen, daß das Sozialistengesetz so rasch wie möglich mit der Wurzel ausgerodet wird aus dem Boden unserer Gesetzgebung; wir werden dafür eintreten und stetig wiederholen, daß auch das abgeschwächteste Ausnahmegesetz abgeschafft werden muß. Denn die Wirkungen, die das Gesetz gehabt hat, sind ganz klar folgende gewesen: Dadurch daß ein großer Theil unserer Mitbürger in ihren Bestrebungen, die sie auf friedlichem Wege vorwärts bringen wollten, gehindert worden sind und sie nicht öffentlich bethätigen können, dadurch ist es gekommen, daß sie sich unter einem Ausnahmestempel gefühlt haben, als Märtyrer gegenüber denen, die im allgemeinen Recht stehen, daß die Verbitterung tiefer eingepflanzt worden ist in ihr Herz und daher auch der Widerstand ein größerer geworden ist. Die Zahl der sozialistischen Anhänger ist eine viel größere geworden unter der unmittelbaren Wirkung dieses Ausnahmegesetzes. (Sehr richtig!) Wir wollen mit den Sozialdemokraten, mit denen wir zusammen gehen in Bezug auf alles, was politische Freiheit ist, deren schärfste Gegner wir jedoch sind in den Konsequenzen, welche dieselben ziehen wollen auf wirtschaftlichem Gebiet und in der gesellschaftlichen Ordnung, wir wollen also diesen Kampf öffentlich auskämpfen, mit den geistigen Waffen, die wir auch den Sozialdemokraten frei in die Hand gegeben wissen wollen. Wir wollen überall mit ihnen streiten und wollen sehen, ob wir im Stande sind, bessere Gründe, als sie haben, anführen können, um sie abzubringen von dem, was wir für unerreichbare und schädliche Ziele halten. Wir wollen aber unter allen Umständen mit ihnen dahin wirken, daß die politische Freiheit vergrößert werde und sie ihr gleiches Recht wieder erhalten. Das wollen die Herren Nationalliberalen nicht; sie wollen allerdings ein abgeschwächtes Gesetz, aber dieses Gesetz wollen sie dauernd erhalten. Nein, das ist es nicht, was den Frieden herbeiführen kann. Wenn der Friede herbeigeführt werden kann, so ist es auf dem Wege, welcher jetzt vorgezeichnet worden ist durch den Erlaß S. Maj. d. Kaisers, der jetzt mit der Arbeiterschutzgesetzgebung vorgeht, die in ihrem Vorwärtskommen behindert worden ist von der Regierung bis vor wenigen Tagen. Wir haben alles gethan was wir thun konnten, um die Arbeiterschutzgesetzgebung zu fördern, wir sind aber im Bundesrath auf einen Widerstand gestoßen, der nie zu brechen war. Die Begründungen sind uns nicht gesagt worden. Jetzt befinden wir uns in der glücklichen Lage — und ich konstatire das ausdrücklich: nicht bloß mein persönliches Gefühl ist das, sondern alle freisinnig denkenden Männer fühlen wie ich — also wir sind in der glücklichen Lage und freuen uns herzlich, auf einem und demselben Wege vorgehen zu können mit der Regierung, den Kaiser an der Spitze, in der Arbeiterschutzgesetzgebung, welche die Herstellung des sozialen Friedens anbahnen soll. Wir sind diejenigen, welche verlästert und verschrien werden von den Kartellparteien, daß wir in der Opposition sind und daß wir nur deshalb Opposition machten, weil die Regierung ein Gesetz eingebracht habe; wir werden verlästert als solche, die grundsätzlich Opposition machen. Nein, wir machen nur Opposition, wenn unsere politischen Grundsätze, unsere Ueberzeugung uns zwingen, einen Gesetzentwurf, den die Regierung oder eine andere Partei eingebracht hat und nicht mit unserer Ueberzeugung stimmt, abzulehnen. Dann sind wir verpflichtet, Opposition zu machen, aber wir thun es nicht darum etwa, weil der Gesetzentwurf von der Regierung kam. Ja jetzt wird uns sogar, indem Zeitungen, erst vor wenigen Tagen war es in der „Köln. Ztg.“ und in der „National Ztg.“ zu lesen, vorgeworfen, daß wir jetzt die Freude, mit dem Kaiser zusammengehen zu können, erheuchelten. Das ist auch eine jener vergifteten Waffen die wiederum in den Wahlkampf hineingeworfen werden, aber jetzt, Gott sei Dank, nicht mehr weit schwirren, sondern bald auf den schmutzigen Boden zurückfallen, von wo sie ausgegangen sind. (Bravo.)

Ich komme zu der vorhin von mir schon gestreiften Aeußerung des nationalliberalen Gegenkandidaten, daß wir die permanenten Regirer und Reinsager wären. Die gedruckt ist der Absatz am Ende seiner gestrigen Rede. Da heißt es: „Von der Gründung des Norddeutschen Bundes an bis auf den heutigen Tag sind alle großen grundlegenden Gesetze, auf denen das Verfassungs- und Rechtsleben des Reiches, die dauernde Kraft der Armee, die Verbesserung des Looses der

arbeitenden Klassen beruht, gegen den Willen der Fortschrittspartei und später der deutschfreisinnigen Partei zu stande gekommen.“ Das ist unrichtig in doppelter Beziehung. Die Fortschrittspartei, welche damals allein stand und noch nicht die Secessionisten aufgenommen hatte, hat bei den grundlegenden Gesetzen allerdings in den Abstimmungen „nein“ gesagt, so bei den Abstimmungen über die Verfassungen des norddeutschen Bundes und des deutschen Reiches, sowie über die Justizgesetze, nicht aber aus Prinzip, nicht um keine Verfassung zu haben und keine Justizgesetze, sondern weil in der Verfassung die Grundrechte des Deutschen nach den Anschauungen der damaligen Fortschrittspartei nicht genügend präzisiert und gewährleistet waren, bei den Justizgesetzen stimmte sie mit „nein“, weil der Rechtsschutz nicht sicher gestellt erschien. Und dann ferner: bis auf den heutigen Tag soll die deutschfreisinnige Partei verantwortlich gemacht werden für die Regierungen der Fortschrittspartei und alle Gesetze sollen nur von der nationallib. Partei geschaffen sein. Da nimmt denn doch ein recht bedeutender Theil der heutigen freisinnigen Partei für sich in Anspruch, diese Gesetze mitgemacht zu haben, denn dieser Theil befand sich damals, bis 1879, in der nationalliberalen Partei mit darin und hat die Gesetze mitgemacht. Das wird hier verschwiegen. Wir sind aber ausgehoben aus der Partei, weil wir uns der Wirtschaftspolitik nicht fügen konnten und bei dem rechts bleibenden Theile der nationalliberalen Partei nicht mehr die Festigkeit fanden, Widerstand zu leisten gegen die Wirtschaftspolitik, gegen welche wir heute noch ankämpfen. Deswegen wurde zunächst die liberale Vereinigung gebildet und daraus die deutschfreisinnige Partei im Jahre 1884. Ein großer Theil unserer Mitglieder besteht also aus den alten Nationalliberalen und halten den wirklichen Liberalismus heute noch genau so hoch wie sie es gethan haben damals in der Verbindung der nationalliberalen Partei, die jetzt sehr nach rechts geschoben ist. Das ist es was uns trennt von den Nationalliberalen; nicht in den liberalen Prinzipien gehen wir auseinander; nein, ich weiß, es giebt im deutschen Volk noch eine ganze Menge von Männern, welche, mit dem alten Liberalismus im Herzen, sich gebunden erachten an die nationalliberale Partei ihrer Vergangenheit wegen. Diese wirklich liberalen Männer werfe ich nicht in einen Topf mit dem, was die heutige nat.-lib. Partei ist, die man bezeichnen kann als die Kartellliberalen zum Unterschied von den rein Liberalen. Denn wer sich verbindet mit den Konservativen zu bestimmten politischen Zwecken, der kann an dem liberalen Gedanken nicht mehr festhalten. Konservativ und liberal, das sind die beiden scharfen Gegensätze, die naturgemäß sich herausgebildet haben, im deutschen Reich, in der deutschen Anschauung; und nun verbindet sich der eine Theil der Liberalen unter der Firma des Liberalismus mit den Konservativen, und wofür steuern die? Das kann ich Ihnen entwickeln aus einem Beispiel, welches ganz vor kurzem klargelegt worden ist in einer Wählerversammlung in Stolp. Da hat ein bedeutender Konservativer gemeint, daß die Sozialdemokratie die entartete Tochter des allgemeinen Stimmrechts sei. Dieser Konservative hat früher eine Stellung inne gehabt, in welcher er sich außerordentlich scharf beschäftigte mit der Ausführung und Handhabung des Sozialistengesetzes. Es war, um es gleich zu sagen, der ehemalige Minister v. Puttkammer, der sich in Stolp um ein Mandat bewirbt. An den Bundesrathstisch wird er wahrscheinlich nicht mehr kommen; deshalb zieht er vor, herunter in die niederen Regionen des Volkes zu gehen, um da seine machtvolle Stimme erschallen zu lassen in alter Schärfe. Wenn nun Puttkammer sich in diesem Sinne gegen das allgemeine Stimmrecht ausspricht, wenn Sie sich erinnern, daß er im Jahre 1885 bei der Berathung über die Einführung des allgem. Stimmrechts im preuß. Abgeordnetenhaus gesagt hat: Es hat sich das Stimmrecht im Deutschen Reich nicht so bewährt, daß man eine Neigung haben könnte, es auch noch in Preußen einzuführen; im Gegentheil, es werden im Schooße der verbündeten Regierungen Erwägungen angestellt, ob nicht das allgem. Stimmrecht abzuschaffen sei; wenn Sie sich weiter erinnern, daß er dabei in hellem Applaus durch die Konservativen unterstützt worden ist, durch v. Rauchhaupt und v. Hellendorff, die derselben Ansicht gewesen sind, daß der Reichstanzler ihm am andern Tag ein Glückwunschschreiben übersandt hat, dann werden Sie erkennen, in welche Gefahren das allgem. Stimmrecht kommen kann und muß, wenn ein Mann wie Puttkammer an die führende Stelle der kons. Partei kommt, jener Partei, mit welcher das Kartell zusammengeschmolzen ist zur Erreichung derselben politischen Ziele. Wenn jetzt schon in den Blättern der Ordnungspartei und Kartellparteien Klagerufe laut werden, daß die Stimmen nicht gewogen, sondern gezählt werden und daß es so bleiben müsse, bis Reichstag und Bundesrath eingesehen haben, daß der Zustand geändert werden müsse, dann kann man sich der Anschauung nicht entschlagen, daß bei der Schaffung einer kons. Majorität mit Hilfe der Nationalliberalen durch den Pakt des Kartells, dieselbe dahin arbeiten wird, das allgem. und gleiche Wahlrecht aufzuheben. Vor diese Frage sind Sie gestellt. Was heißt

das, die Stimmen wägen und nicht zählen? Sollen die Wähler einzeln gewogen werden in Bezug auf die geistige Kraft oder ihr Geld und danach ihre Stimmen abgeben? Das wäre das schlimmste Unrecht und deswegen wollen wir dafür sorgen und bei dieser Wahl vor allen Dingen, daß derartige Majoritäten, von denen das zu befürchten ist, unter keinen Umständen wieder in den Reichstag hineinkommen. Es gilt die vorsichtige Wahrung gegen Tendenzen, welche dahin gipfeln, die Rechte des Volkes noch weiter zu verkürzen, wie es schon durch Einführung der 5jährigen Legislaturperiode geschehen ist (Bravo!) Auch das bestreitet der natlib. Abgeordnete, daß das eine Verkürzung ist und dennoch ist es so. Die Dinge liegen ganz einfach. Wir haben bisher alle 3 Jahre gewählt und sollen vom 20. Febr. an alle 5 Jahre wählen. Ist das Recht, welches die Volksvertretungen und die Regierungen haben, ein gleiches? Die Regierung, resp. der an der Spitze der verbündeten Regierungen stehende Kaiser hat durch die Verfassung der Machtvollkommenheit erhalten, den Reichstag in jedem Augenblick auflösen zu können, d. h. also in jedem Augenblick einen Appell an die Wähler zu richten: Seid Ihr zufrieden mit dem, was die Regierung haben will oder was der Reichstag im Gegensatz zur Regierung will? Die Wählerschaft selbst aber ist nicht in der Lage, ihre Unzufriedenheit mit dem System, welches die Mehrheit des Reichstags und die Regierungen schaffen, kund geben zu können. Sie ist gebunden an die Wahl, an deren 5jähr. Wiederholung, und nun ist es doch eine Verkürzung des Rechtes der Wähler, wenn gesagt wird: Du darfst nicht mehr im 3. Jahre sagen: Das gefällt mir oder das gefällt mir nicht, sondern nur alle 5 Jahre dieser Gesichtspunkt wird übergangen und die Nationalliberalen sagen ganz einfach: das ist keine Verkürzung eures Rechtes; das ist bloß nötig, um die ungeheuren Wellen der Wahlbewegung zu beruhigen und die große Aufregung, welche sich des Volkes bemächtigt hat. Wir vertragen diese Aufregung ganz wohl, wenn nur ruhige und sachliche Mittel angewendet werden.

Ich finde, daß die Zeit schon weit vorgeschritten ist und ich will noch Raum zur Diskussion gestatten, damit wir nicht allzulange in dieser qualvoll fürchterlichen Enge hier beisammenbleiben müssen. Ich bin Ihnen schon dankbar dafür, daß Sie mich so geduldig angehört haben. Ich habe, wie schon gesagt, nicht alle Programmpunkte aus dieser Rücksicht entwickeln können. Im Wesentlichen aber werden Sie erkannt haben, was meines Kindes ich bin, welche politische Anschauung ich habe. Und ich kann Ihnen nur das eine versprechen, daß, wenn ich die Ehre haben sollte, von der Mehrheit des Wahlkreises gewählt zu werden, Sie dann einen Mann in den Reichstag schicken, der für seine politische Ueberzeugung schon manches nicht allzuleichte Opfer gebracht hat, aber gern und leichten Herzens gebracht hat, weil er für das Volk arbeitet und einzig und allein das Wohl des Volkes fördern und beschützen will, der sich bemühen wird, alles, was dem Volk an Rechten verliert, nicht nur zu wahren, sondern in freierlichem Sinne auszubauen und zu fördern. Ich bitte, haben Sie Vertrauen zu mir; ich habe schon im Reichstag gelesen, ich habe der freif. Partei angehört und werde ihr Zeit meines Lebens als treuer Anhänger angehörig bleiben. (Lang anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Prepping: Ehe ich das Wort weiter ertheile, habe ich als Vorsitzender des Vorstandes des hiesigen Vereins die Pflicht, hier noch einige Worte zu reden. In der gestrigen Parteiversammlung des hies. nationalliberalen Vereins hat der Herr Gymnasialdirector Dr. Stein an den Vorstand des deutsch-freisinnigen Vereins die Frage gestellt, ob der Vorstand sich wohl über das Vorleben unseres angestellten Hrn. Kandidaten genügend unterrichtet habe ob er von der Ehrenhaftigkeit des Kandidaten vollständig überzeugt sei. Vorab nur die Bemerkung: Wenn Herr Dr. Stein so besorgt ist um die Ehre unseres Kandidaten, dann glaube ich, hätten wir wohl erwarten dürfen, daß er vorher an unsern Vorstand eine briefliche Anfrage gerichtet hätte, anstatt die ganze Angelegenheit hier in einer Parteiversammlung zur Sprache zu bringen, von der der Vorstand der deutsch-freisinnigen Partei von vornherein ausgeschlossen war (Wui! Sehr richtig.) Und nun die Antwort: Ja, Herr Dr. Stein, wir haben uns über die von Ihnen angeregte Frage gründlich orientiert. Wenn Herr Dr. Stein sagt: „Herr Hünze ist, wie Sie erfahren haben, früher Offizier, zuletzt Major in der Armee gewesen; er ist vor Jahren aus der Armee ausgetreten unter Umständen, deren öffentliche Besprechung Anlaß geworden ist zu einer gerichtlichen Verhandlung. Der angeklagte Beleidiger berief sich zur Einbringung des Beweises dessen, was er behauptet hatte, auf das dienstliche Zeugniß des Kriegsministers. Der Kriegsminister hat unter Hinweis auf dienstliche Interessen dieses Zeugniß verweigert. Infolge dessen ist der Beleidiger zu einer Strafe verurtheilt worden und alsbald darauf ist ihm durch allerhöchste Entschliessung Begnadigung zu Theil geworden.“ so ist dies eine vollständige Entstellung. Die Worte: „Unter Umständen aus der Armee ausgetreten — —“ gerichtlich verhandelt

wurde,“ sehen aus, als wenn Hünze infolge dieser gerichtlichen Verhandlung aus der Armee ausgetreten wäre. Das ist durchaus falsch. Er ist im Jahre 1883 eines damaligen körperlichen Leidens wegen aus der Armee ausgeschieden und 1884 hat erst diese gerichtliche Verhandlung stattgefunden. Es ist richtig, daß der Beklagte ein Rechtsanwalt Jaedel, der Hrn. Hünze beleidigt hatte, der Führer der nationalliberalen Partei in Friedberg war, daß er sich auf das Zeugniß des Kriegsministers berufen und daß dieser das Zeugniß verweigert hat; aber es ist falsch, daß infolge dessen der Beleidiger zu einer Geldstrafe verurtheilt worden sei. Nicht infolge dieser Weigerung des Kriegsministers, sondern auf Grund des festgestellten Thatbestandes ist dieser Führer der nationalliberalen Partei, der Verläumder des Herrn Hünze gerichtlich verurtheilt worden mit sammt seinem Redakteur. (Lebhaftes Bravo!) Hier ist die Abschrift des gerichtlichen Urtheils, welches zu jedermanns Ansicht bereit liegt. Der Thatbestand ist einfach folgender: Jener Führer der nationalliberalen Partei in Friedberg hatte während des Wahlkampfes 1884 Herrn Hünze beschuldigt, als er noch als activer Offizier in Frankfurt stand und Vorsitzender einer Lieferungskommission war, einen Erpressungsversuch gemacht zu haben. Der Thatbestand ist aber folgender: Hünze hat als Major in Frankfurt durch den Zahlmeister seines Regiments bei einem Lieferanten um ein Darlehen nachsuchen lassen. Dieser Lieferant hat das Darlehen nicht gegeben, er hat es abgeschlagen. Dann hat bei dem später folgenden Lieferungstermin dieser Lieferant keinen Auftrag erhalten, aber nicht durch die Schuld des Herrn Hünze, nicht dadurch, daß dieser sich etwa rächen wollte, sondern es ist gerichtlich festgestellt, daß dieser Lieferant bei einer Zuchtlieferung, um die es sich handelte, aufgefördert worden ist, seine Proben einzureichen, ferner daß Hünze als Vorsitzender der Kommission von diesen eingereichten Proben verschiedene als gut und empfehlenswerth bezeichnet und der Kommission empfohlen hat; dann ist Hünze bei dem Lieferungs-termin selbst abkommandirt gewesen zur Prüfung Einjährig-Freiwilliger. Hünze war also nicht anwesend und in dem Termin hat sich für die Proben dieses Lieferanten nur eine Minderheit entschieden. Schließlich hat der Oberst des Regiments, der die Beschlüsse der Kommission zu bestätigen hat, die Anträge dieser Minderheit, die diesem Lieferanten eine Lieferung zuwenden wollte, abgelehnt. Das ist festgestellt. In der ganzen Sache ist also gar nichts daran. Infolge dieses festgestellten Thatbestandes ist der Verläumder und sein Redakteur verurtheilt worden vom Gericht, und daß kurze Zeit danach dieser Beleidiger, der Führer der Nationalliberalen, begnadigt worden ist, ist bis auf den heutigen Tag unsern Herrn Kandidaten und uns allen und auch Leuten, die noch mehrere Jahre in Fr. gelebt haben, nicht bekannt. Herr Hünze ist dann 1884 in den Reichstag gewählt worden. Er ist 3 Jahre Abgeordneter gewesen und ich habe die Ehre und Freude gehabt, mit ihm während zweier Winter tagtäglich in der Petitionskommission des Reichstags zu sitzen. Ich habe aus eigenem Augenschein wahrgenommen, wie die Persönlichkeit und das Urtheil des Herrn Hünze in militärischen Angelegenheiten seitens der Herren Regierungskommissäre und des Kriegsministeriums immer geschätzt wurde und wie in diesen 3 Jahren Niemand an der Ehrenhaftigkeit des Herrn H. zweifelte. (Bravo!) Nach 3 Jahren, im Jahre 1887, als Herr Hünze mit der ganzen deutschfreif. Partei gegen das Septennat gestimmt hatte, da wurde er vor ein militärisches Ehrengericht gestellt und dieses hat ihm den Titel Major und die Uniform aberkannt, hat ihm aber die Pension und das im Kriege erworbene Eisene Kreuz wohl lassen müssen. (Bravo!) Weshalb ist ihm der Titel und die Uniform aberkannt worden? Aus zwei Gründen: Einmal, weil Herr H. 3 Jahre vorher seinen Beleidiger vor Gericht gefordert hatte und nicht zum Duell, und sodann, weil die Anschauung herrschte, daß infolge des Wunsches des verstorbenen Kaisers Wilhelm I., das Septennat zu Stande kommen zu sehen, Herr H. durch seine Abstimmung gegen dieses Gesetz auch als inaktiver Militär gegen den Befehl des Kaisers ungehorsam gewesen wäre. Herr H. ist aber der Ansicht, daß er, wenn er die Uniform trägt, allerdings dem direkten Befehle Sr. Maj. des Kaisers untergeordnet ist und zu gehorchen hat, aber so lange er sie nicht hat, es seine Pflicht ist, nach seinem Gewissen mannhast offen seine Ueberzeugung zu wahren. (Bravo!) Nun in militärischen Kreisen herrschen ja von den unfernen abweichende Begriffe über das, was ehrenhaft ist. Wir alle, glaube ich, halten das Duell für etwas vollständig veraltetes, wenn ich so sagen soll, für einen übrig gebliebenen mittelalterlichen Unfug (Sehr richtig!), der nach unseren Anschauungen gesehwidrig ist und vom deutschen Strafgesetzbuch mit Strafe bedroht ist. Nun glaube ich, werden Sie mir alle zustimmen, wenn ich sage: dadurch, daß Herr H. mannhast, treu und offen etwas Gesehwidriges zu thun abgelehnt hat, dadurch hat er nicht gefehlt, sondern diese That gereicht ihm zur vollen Ehre und deshalb ist unser Kandidat erst recht unser Mann! (Lebhaftes Bravo!)

In der nun folgenden Debatte, in der sich vielfach besonders von Seiten des öfter sprechenden Sozialdemokraten, Gefagtes wiederholte, ist unser Bericht zwar noch genau und wörtlich, doch etwas verkürzt.

Vorsitzender: Herr Watermann hat das Wort!
Watermann: Die eigentliche Frage, auf die es heute ankam, hat Herr H. mit keinem Wort bedacht. Das ist in erster Linie die weltbewegende Arbeiterfrage. Ich möchte ihn einmal interpelliren in Bezug auf diese Frage.

Hünze: Wollen Sie die Güte haben, mir nicht allgemein zu sagen, wie ich zur Arbeiterfrage stehe, sondern auf welche speziellen Fragen Sie eine Antwort haben wollen. (Bravo!) Das Gebiet der Arbeiterfrage ist ein so ausgedehntes, daß ich darüber noch eine ganze Stunde sprechen müßte. Ich bin aber gern erbötig, jede einzelne Frage zu beantworten.

Watermann: Dann möchte ich fragen, wie er sich zu der Arbeiterschutzgesetzgebung stellt. (Rufe.) Ich erwarte von Ihnen, daß Sie politisch derart geschult sind, daß sie auch die Worte des Gegners hören.

Reichstagskandidat Hünze: Gestatten Sie mir, daß ich kurz auf die Arbeiterschutzgesetzgebung eingehe und dabei von vornherein sage, daß ich sowohl für geordnete Regelung der Arbeit in dem Sinne bin, wie es durch internationale Vereinbarung geschaffen werden kann, daß ich bin für Beschränkung resp. Aufhebung der Frauen- und Kinderarbeit aus Betrieben, in welche dieselben nicht hineingehören, in welchen die Gesundheit derselben gefährdet ist; daß ich ferner alle Schutzmaßregeln, welche zum Wohle der Arbeiter getroffen werden können, auf das Lebhafteste befördere und unterstütze. Wie weit es möglich sein wird, einen Maximalarbeitstag und dementsprechend einen Minimallohn einzuführen, das sind Dinge, die sich im Laufe der Zeit ergeben werden. Ich bin dafür, daß durch die freien Vereinbarungen, welche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu finden sein werden und zwar unter voller Anwendung des Coalitionsrechtes, mit der Schaffung des gleichen Rechtes für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, daß sich daraus die Verbesserung der heutigen Arbeitsbedingungen leicht finden lassen. Ich werde nie widerstreben den Bestrebungen, welche das Loos des Arbeiters günstig zu gestalten und zu fördern suchen, in dem Maße, daß allerdings die Industrie auch dabei erhalten bleibe. Das Interesse des Arbeiters kann nicht einseitig gefördert werden, sondern das Gesamtinteresse, welches der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammen haben, muß berücksichtigt werden. (Lebhaftes Bravo!)

Watermann (kommt erst nach vielen Unterbrechungen zum Wort):

Das sollte mir sehr angenehm sein. (Heiterkeit.) Die Punkte, die Herr H. berührt hat, können von mir voll und ganz unterschrieben werden, namentlich was die Getreidezölle anbelangt. Sorgen Sie, daß nicht mehr, wie bis jetzt die breite Masse des Volkes fast alle Steuern tragen muß, sondern daß sie auf kräftigere Schultern übertragen werden. Aber ich glaube, es giebt eine Frage, die Arbeiterfrage, an der sollte kein Kandidat vorübergehen, der vor die deutschen Wähler tritt. Ich glaube, wenn der Herr statt beim Militarismus solange zu verweilen, auf diese Frage eingegangen wäre, wäre es nützlich gewesen. (Bravo!) Weiter muß ich noch nebenbei bemerken, in Bezug auf die Reibereien zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen: Von meinem Standpunkt aus muß ich sagen, daß ich das Treiben der Nationalliberalen nicht anders behandeln kann als verachten! Die Deutschfreisinnigen haben wenigstens den Muth gehabt, eine Diskussion stattfinden zu lassen, während die Nationalliberalen gewissermaßen hinter Schloß u. Riegel über andere Parteien kritisiert haben ohne diesen Parteien wiederum die Möglichkeit zu geben, sich zu vertheidigen. Es ist jedenfalls nicht im politischen Sinne mannesmuthig gehandelt (Sehr gut!) Ich komme aber auf meine Anfrage an Hrn. H. zurück. Früher hat die sozialdemof. Fraktion schon einmal im Reichstag einen Arbeiterschutzgesetzentwurf eingebracht, und damals haben die Freisinnigen gewissermaßen wie die Kacke um den heißen Brei sich um die Sache herumgedrückt (Bravo!) Sie ist auf die grundlegenden Fragen und Gedanken einfach gar nicht eingegangen und fand es besser, sich hinter „wenn“ und „aber“ zurückzuziehen. Deshalb sage ich immer wieder, obwohl ich im Sinne einer jeweiligen Opposition die Deutschfreisinnigen anerkenne: Im Sinne einer durchgreifenden Reform ist von ihr ebensowenig etwas zu erwarten wie von jeder anderen reaktionären Partei! (Bravo! Heiterkeit!) Es wird die Zeit kommen, und ich sage Ihnen die Zeit ist nicht mehr fern, wo die Deutschfreisinnigen sich den Nationalliberalen und den Konservativen wieder anfügen wird (Oho! Lärm.) Ich werde niemals Dinge behaupten, die ich nicht beweisen kann. Der Freisinn à la Chemnitz ist typisch für ihre ganze Partei (Bravo bei den Sozialdemokraten.) Wir haben schon mehrere derartige Fälle gehabt: Hamburg 3, Lübeck u. a. Trotzdem aber die freif. Partei an uns Verrath geübt hat, tritt sie jetzt doch wiederum an uns heran, um bei der Stichwahl uns zu gewinnen, damit wir für sie die Kastanien aus dem Feuer holen. (Lärm!) (Schluß folgt.)